

Newsletter - Weltwoche etc. 2023-23 - zusammengestellt von Dr. H. Pöltelt

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie, liebe weitere Interessierte,

werte Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info,

anbei weitergeleitet der Newsletter 2023-23 von Herrn Dr. Pöltelt - s. Anhang und seine gelungene Zusammenfassung s.u. Er bringt es wieder gekonnt auf den Punkt bzw. auf die Punkte - oder wie Dr. Vincent Gray sagt: „Die Erklärung [des IPCC] zum Klimawandel ist eine inszenierte Litanei von Lügen“, Dr. Paul Reiter: „Was die Behauptung angeht, die Wissenschaft sei ‚geklärt‘, so halte ich das für eine Obszönität. Tatsache ist, dass die Wissenschaft von Leuten, die keine Wissenschaftler sind, verzerrt wird.“ und Dr. Tom Segalstad: „Das IPCC-Modell der globalen Erwärmung wird von den wissenschaftlichen Daten nicht unterstützt.“ - s. S.4 „Eine inszenierte Litanei von Lügen“ im von mir, Dr. M. Lindner zusammengebundenen Anhang Poeltelt2023-23+ für die Aussagen weiterer Wissenschaftler.

Dazu S.7 [Die dunkle Seite der Windkraft](#) - von Axel Robert Göhring, S.9 [Drehbuch der Pandemie](#) - von [Stefan Homburg](#), S.11 [Sanfter die Millionen nie sprudeln von](#) - von Philipp Gut, S.14 [Ukraine sprengt Staudamm von Kachowka](#) - von Anti-Spiegel, Thomas Röper, S.15 [Wer über Leichen geht](#) - von Oskar Lafontaine, S.17 [Grüne Planwirtschaft: Energie-Effizienz-Gesetz wird zum „Wachstumskiller“](#) ... (die ersten Artikel im Anhang, 1. bis 7. sind in dieser Reihenfolge für mich besonders lesenswert).

Aber warum geht es dann, welchem Ziel dient all die Lügen-Propaganda - sei es bzgl. Klima / Energie, Pandemie / Lockdown-Maßnahmen, Ukraine-Krieg ... ?

Der Beitrag „230608_Die globale Finanzindustrie als Treiber der Klimapolitik – und die Verbindung zu Friedrich Merz“ in noch folgender email erklärt sehr schön, worum es wirklich geht, und warum die sogenannten „demokratischen“ Parteien im Bundestag alle weitestgehend Einheitsmeinungen vertreten ... Es geht nicht ums Klima, eine Pandemie oder das Wohl der Menschen in der Ukraine oder anderswo, sondern um Macht und Geld. Wir, der Westen, sind auf dem Wege in eine Öko- und Gesundheitsdiktatur - das Gegenteil von Freiheit und Demokratie, denn ein weiter so geht nicht, da EU, D, USA ... mit ihrer immensen Staatsverschuldung finanziell am Ende sind und die, die die entsprechenden Guthaben halten, wollen ihr Pfründe ja ins Trockene retten ...

Clemens Fuest, Ökonom und Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, hat den Entwurf des [Energie-Effizienz-Gesetzes](#) scharf kritisiert - s. S.17 [Grüne Planwirtschaft](#). „Anders als sein Name es nahelegt, regelt es nicht die Energieeffizienz, es deckelt den gesamten Energieverbrauch des Landes.“ **Bürokratischer Kontrollwahn und Interventionsspirale**

Das Gesetz wäre nicht vollständig, würde es nicht neben realitätsferner Verteilungsziele noch eine ordentliche Portion Gängelung für Unternehmer beinhalten. ...

Deutscher Standort bietet keine Planungssicherheit mehr

... Bei einer solchen Energiepolitik von Planungssicherheit zu sprechen, ist geradezu blanker Hohn. Am Ende werden die - überwiegend mittelständischen - Unternehmer mit den Füßen abstimmen, immer weniger investieren und letztlich nach und nach das Land verlassen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit und die ist in Deutschland nicht mehr gegeben – besonders nicht im so wichtigen Energiesegment. Wir leben im energetischen Zeitalter, ohne Energie läuft nichts.

... Bei einer [internen Umfrage](#) des Verbands der Automobilindustrie (VDA) unter 116 Mitgliedsfirmen gaben 88 Prozent der befragten Betriebe an, dass Deutschland aus ihrer Sicht nicht mehr wettbewerbsfähig ist.

Der Standort Deutschland ist nachhaltig beschädigt und das lässt sich auch nicht so einfach wieder rückgängig machen. Die Ampel-Regierung hat nicht das leichteste Umfeld, aber lässt es mit hanebüchener und ideologisch-planwirtschaftlich geprägter Energie- und Wirtschaftspolitik auch wirklich darauf ankommen. Vielleicht muss es ja wirklich erst zum Desaster kommen, bevor es wieder besser wird.

Grüne Planwirtschaft ruiniert den Standort Deutschland auf Jahrzehnte hinaus.

Und Oskar Lafontaine schreibt Interessantes in seinem Abspann:

Während des Zweiten Weltkriegs, am 24. Juni 1941, wurde ein US-Politiker in der New York Times zitiert: «Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Wenn jedoch Russland siegt, sollten wir Deutschland helfen. Lass sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten.» Sein Name:

Harry S. Truman. Er wurde im April 1945 nach dem Tod Franklin D. Roosevelts US-Präsident und befahl am 6. und 9. August den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. ...

Ein jeder lese und denke selbst und bilde sich seine eigene Meinung

MfG

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://buerger-fuer-technik.de>

https://buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

https://buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

ps Wir, die Bürger für Technik sind keiner politischen Partei zugehörig, vertreten aber mit klarer Kante wissenschaftlich basierte Fakten und Meinungen und werden nicht schweigend / tatenlos zusehen, wie unser Land mit nicht evidenzbasierten Ideologien an die Wand gefahren wird.

Es wird keine Weltklimakatastrophe geben - das ist perfide Lügen-Propaganda und CO2 ist nicht schädlich, sondern essentiell für das Leben der Pflanzen und damit für alles Leben auf der Erde.

Alleine mit Sonne und Wind kann keine moderne Volkswirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden.

Noch ist es nicht zu spät, aber es ist ganz kurz vor zwölf (oder sogar schon nach 12) ...

----- Original Nachricht -----

Betreff: Die WELTWOCHEN Nr. 23/2023 vom 8. Juni 2023 - Auszüge u.a.

Datum: 08.06.2023 17:30 (GMT +02:00)

Von: Dr. Helmut Pöltelt <He.Poeltelt@t-online.de>

An: He.Poeltelt@t-online.de

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wer heute bezweifelt, dass der angeblich menschengemachte Klimawandel in die globale Klimakatastrophe führt und die Erde unbewohnbar macht, wird von grünen Politikern, ihren Anhängern und Ideologen schlechthin als "Klimaleugner" beschimpft, diskreditiert und diskriminiert.

Wie schändlich und perfide diese Geisteshaltung ist, bezeugen 46 Spitzenwissenschaftler und ehemalige Mitglieder des IPCC, die keine Verfolgung mehr fürchten müssen, über den Klimawandel. Zwei voneinander unabhängige Quellen zitieren die 46 Spitzenwissenschaftler. „Eine inszenierte Litanei von Lügen« - Achtung, die folgenden Zeilen könnten ihr Weltbild erschüttern ... s. S.4 aus Weltbild und <https://eike-klima-energie.eu/2020/03/22/46-aufschlussreiche-statements-von-ipcc-experten/>

s. auch <https://eike-klima-energie.eu/2023/06/05/der-schreck-von-prof-dr-gerd-gantefoer-ueber-den-wirtschaftstag-der-cdu-am-22-mai-2023-in-berlin/>

Russophobe Propaganda verdreht die Realität in den Köpfen der Amerikaner. Der Ex-Geheimdienstoffizier des US Marine Corps und Autor von "Abrüstung in der Zeit der Perestroika: Rüstungskontrolle und das Ende der Sowjetunion", Scott Ritter, begab sich mit seiner Tochter auf eine einmonatige Rundreise durch Russland.

Grüne Planwirtschaft und das Energie-Effizienz-Gesetz werden zu „Wachstumskillern“.

Das Ifo-Institut sieht durch das neue Energie-Effizienz-Gesetz eine Art Wirtschafts-Schrumpfungsprogramm auf uns zurollen. Das eigentliche Problem liegt aber viel tiefer und verheißt für den Standort Deutschland nichts Gutes.

Am 9. März 2023 war für Robert Habeck die Welt noch in Ordnung. Sein Staatssekretär hieß noch Graichen und der Zorn der Bürger über die Übergriffe des Ministers in deutsche Heizungskeller war noch nicht spürbar. Damals kündigte er schon den zweiten Angriff auf die deutschen Heime und Häuser an.

In der Nacht zum 6. Juni ist passiert, was lange erwartet wurde: Der Ukraine ist es gelungen, den Staudamm von Kachowka zu sprengen, das unter dem Damm liegende Gebiet wird überflutet, die Einwohner werden evakuiert und die russische Armee muss Stellungen aufgeben. Das ist ein Kriegsverbrechen der Ukraine. Thomas Röper berichtet aus Russland.

[Predrag J. Markovic](#) erzählt die Geschichte seines Landes Kosovo, der Wiege Serbiens. Die Regierung in Pristina unterdrückt die serbische Minderheit und kann dabei auf die Unterstützung des Westens zählen. Leider kennt kaum jemand die Hintergründe des Konflikts.

Das Klimaschutzgesetz der Schweiz soll einen nie versiegenden Quell von Steuergeldern schaffen. Kein Wunder, sind die grössten Befürworter auch die grössten Profiteure. Der grösste von allen: Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen. Das sollte uns in Deutschland nicht überraschen.

Die Fernwärmeversorgung von Wohnungsneubau-Vierteln war in der DDR eine Selbstverständlichkeit. Mehr Fernwärme, weniger Altbauten: Der Osten hängt westliche Bundesländer ab. Deutschland ist weltweit das einzige Land, das seinen Bürgern gesetzlich vorschreiben will, wie und womit sie zu heizen haben. Ein seltsames Verständnis von Freiheit.

Die dunkle Seite der Windkraft. Die Politik propagiert Windräder als günstige und ökologische Energieform. In Wirklichkeit sind Windparks ökologisch und wirtschaftlich verheerend.

Die Schweiz muss ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, um der deutschen Rezession entgegenzuwirken.

Hohe Kunst des Herbeischreibens bedeutet: Wenn die Realität nicht will, wie sie soll, dann muss man sie in den Medien halt herbeischreiben.

[Thilo Sarrazin](#) beschreibt- wiederum nicht ganz unumstritten- warum die AfD im Aufwind ist. Zuwanderung und Migrationspolitik spielen bei ihren Wählern eine Schlüsselrolle.

Wer über Leichen geht. Oskar Lafontaine übt sich in Kritik der zynischen Vernunft am Beispiel der westlichen Ukraine-Politik. US-General Keith Kellogg, ein ehemaliger Berater von Donald Trumps Vizepräsident Mike Pence, bestätigte am 28. Februar 2023 im Streitkräfteausschuss des US-Senats all diejenigen, die im Ukraine-Krieg einen über viele Jahre geplanten geostrategischen Krieg der USA gegen Russland sehen. Er sagte: «Die Beseitigung eines strategischen Gegners ohne Einsatz von US-Truppen ist der Gipfel der Professionalität. So können wir uns auf das konzentrieren, was wir gegen unseren Hauptgegner tun sollten, der im Moment China ist.»

Der globale Gleichschritt bei den Lockdown-Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie war kein Zufall, sondern Ergebnis jahrelanger Planspiele von Politik, Wirtschaft und Medien. Das sollte und soll verborgen bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Pöltelt

Inhaltsverzeichnis

S.4 [„Eine inszenierte Litanei von Lügen“](#) - Achtung, die folgenden Zeilen könnten ihr Weltbild erschüttern: 46 Zitate von ehemaligen Wissenschaftlern des Weltklimarats (IPCC) über den Klimawandel - von Weltwoche

S.7 [Die dunkle Seite der Windkraft](#) - von Axel Robert Göhring

S.9 [Drehbuch der Pandemie](#) - von [Stefan Homburg](#)

S.10 [Sanfter die Millionen nie sprudeln von](#) - von Philipp Gut

S.13 [Ukraine sprengt Staudamm von Kachowka](#) - von Anti-Spiegel, Thomas Röper

S.15 [Wer über Leichen geht](#) - von Oskar Lafontaine

S.17 [Grüne Planwirtschaft: Energie-Effizienz-Gesetz wird zum „Wachstumskiller“](#) - von Jakob Schmidt - Grüne Planwirtschaft hat den Standort Deutschland auf Jahrzehnte hinaus ruiniert.

S.19 [Schweiz vor Deutschland! Wie lange noch?](#) - von Stefan Brupbacher

S.20 [Vorsprung Ost bei der Energiewende](#) - Berliner Morgenpost, Thüringer Allgemeine, von Nina Kugler

S.22 [Nach dem Wärmepumpendesaster kommt der Dämmhammer](#) KlimaNachrichten, von Fritz Vahrenholt

S.24 [Warum die AfD im Aufwind ist](#) - von Thilo Sarrazin

S.25 [Hohe Kunst des Herbeischreibens](#) - von Kurt W. Zimmermann

S.27 [Russophobe Propaganda verdreht die Realität in den Köpfen der Amerikaner](#) - von Scott Ritter

S.30 [Kosovo, Wiege Serbiens](#) - von Predrag J. Markovic

Im Folgenden die ganzen Artikel:

„Eine inszenierte Litanei von Lügen« von Weltwoche

Achtung, die folgenden Zeilen könnten ihr Weltbild erschüttern: 46 Zitate von ehemaligen Wissenschaftlern des Weltklimarats (IPCC) über den Klimawandel.



*Der IPCC stellt fest, dass «keine signifikante Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs während des 20. Jahrhunderts festgestellt wurde». Dies wurde in der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger nicht erwähnt. **Dr. Robert Balling***

*Ein Anstieg des Kohlendioxidgehalts in der Luft führt nicht zu einem Anstieg der globalen Temperaturen [. . .] zuerst kam es zu einer Temperaturänderung und erst etwa 700 Jahre später zu einer Änderung des Kohlendioxidgehalts in der Luft. **Dr. Lucka Bogataj***

*In der Öffentlichkeit wenig bekannt ist die Tatsache, dass die meisten der am IPCC beteiligten Wissenschaftler nicht damit konform gehen, dass es eine globale Erwärmung gibt. Die Ergebnisse des IPCC wurden mit jedem weiteren Bericht konsequent falsch dargestellt und/oder politisiert. **Dr. John Christy***

*«Der Mensch hat nur ein paar Zehntel Grad zur Erwärmung der Erde beigetragen. Die Sonnenaktivität ist eine wichtige Triebkraft des Klimas.» **Dr. Rosa Compagnucci***

*Die empirischen Beweise deuten stark darauf hin, dass die Hypothese der anthropogenen globalen Erwärmung falsch ist.» **Dr. Richard Courtney***

*Ich werde nicht einfach drauflosreden und den IPCC unterstützen, weil ich kein Vertrauen in den Prozess habe. **Dr. Judith Curry***

*Die globalen Temperaturen haben sich nicht so verändert, wie es die modernsten Klimamodelle vorausgesagt haben. In der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger werden die Temperaturbeobachtungen der Satelliten mit keinem Wort erwähnt. **Dr. Robert Davis***

*1996 führte der IPCC mich als einen von etwa 3000 «Wissenschaftlern» auf, die der Meinung seien, dass es einen erkennbaren menschlichen Einfluss auf das Klima gibt. Dieser Meinung war ich aber nicht. Es gibt keine Beweise für die Hypothese, dass ein unkontrollierter katastrophaler Klimawandel auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. **Dr. Willem de Lange***

«Ich bin überzeugt, dass die Theorie der anthropogenen Erwärmung falsch ist.»

*Die Entscheidungsträger in den Regierungen sollten inzwischen gehört haben, dass die Grundlage für die seit langem bestehende Behauptung, Kohlendioxid sei eine Haupttriebkraft des globalen Klimas, in Frage gestellt wird; und damit auch die bisher angenommene Notwendigkeit kostspieliger Massnahmen zur Begrenzung der Kohlendioxidemissionen. Wenn sie es noch nicht gehört haben, dann liegt das an der lautstarken Hysterie über die globale Erwärmung, die sich auf den logischen Fehlschluss des «Arguments der Unwissenheit» und die Vorhersagen von Computermodellen stützt. **Dr. Chris de Freitas***

*Unser derzeitiges Verständnis des Klimas und unsere Fähigkeiten, es zu modellieren, müssen noch viel weiter verbessert werden. **Dr. Oliver Frauenfeld***

*Mit einem fehlerhaften Modell der Wirbeldiffusion hat der IPCC die künftige ozeanische Kohlendioxidaufnahme stark unterschätzt. **Dr. Peter Dietze***

*Es ist Zeit für einen Realitätscheck. Die Ozeane und Küstengebiete waren in der Vergangenheit weitaus wärmer und kälter, als in den derzeitigen Szenarien des Klimawandels prognostiziert wird. Ich habe den IPCC und die neuere wissenschaftliche Literatur geprüft und bin der Meinung, dass die zunehmende Versauerung kein Problem darstellt, auch nicht in den unwahrscheinlichen Grössenordnungen der am häufigsten verwendeten IPCC-Szenarien. **Dr. John Everett***

*Der IPCC hat sich geweigert, den Einfluss der Sonne auf das Erdklima als ein untersuchungswürdiges Thema zu betrachten. Der IPCC sah seine Aufgabe ausschliesslich darin, mögliche menschliche Ursachen für den Klimawandel zu untersuchen. **Dr. Eigil Friis-Christensen***

Ich habe das Konzept der anthropogenen globalen Erwärmung nie vollständig akzeptiert oder geleugnet, bis der Aufruhr nach den wilden Behauptungen James Hansens von der Nasa in den späten

1980er Jahren begann. Ich habe mich mit der [wissenschaftlichen, d. Red.] Literatur befasst, um die Grundlagen dieser Behauptung zu untersuchen, angefangen bei den ersten Prinzipien. Meine Studien führten mich dann zu der Überzeugung, dass die Behauptungen falsch waren. **Dr. Lee Gerhard**

Es ist unwahrscheinlich, dass der Klimawandel das wichtigste Umweltproblem des 21. Jahrhunderts ist. Die Mortalitätsdaten deuten nicht auf eine Zunahme der Gesamthäufigkeit oder des Ausmasses extremer Wetterereignisse hin, denn die gefährdete Bevölkerung nimmt stark zu. **Dr. Indur Goklany**

Die Erklärung [des IPCC] zum Klimawandel ist eine inszenierte Litanei von Lügen. **Dr. Vincent Gray**

Behauptungen wie «2500 der weltweit führenden Wissenschaftler haben einen Konsens darüber erzielt, dass menschliche Aktivitäten einen signifikanten Einfluss auf das Klima haben» sind unaufrichtig. [. .] Die tatsächliche Zahl der Wissenschaftler, die diese Behauptung unterstützten, betrug nur ein paar Dutzend. Dr. Mike Hulme

Es gibt viele Faktoren, die den Klimawandel verursachen. Nur die Treibhausgase zu berücksichtigen, ist unsinnig und schädlich. **Dr. Kiminori Itoh**

Es gibt keinen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen menschlicher Aktivität und globaler Erwärmung. Ich denke, die Panik über die globale Erwärmung ist völlig ungerechtfertigt. Es gibt keine ernsthafte Bedrohung für das Klima. **Dr. Yuri Izrael**

Temperaturmessungen zeigen, dass es die von Klimamodellen vorhergesagte heisse Zone in der mittleren Troposphäre nicht gibt. Dies ist mehr als ausreichend, um die globalen Klimamodelle und die mit ihnen gemachten Vorhersagen zu entkräften. **Dr. Steven Japar**

Diese Zahl [des vom IPCC berichteten Gletscherrückgangs, d. Red.] ist nicht nur ein bisschen falsch, sie liegt um Größenordnungen daneben [. .] Sie ist so falsch, dass es sich nicht einmal lohnt, sie zu diskutieren. **Dr. Georg Kaser**

Ich erwarte nicht, dass die Kritik berücksichtigt wird, was einen Fehler im gesamten Peer-Review-Verfahren des IPCC unterstreicht: Es besteht keine Chance, dass ein Kapitel [des IPCC-Berichts] jemals zur Veröffentlichung abgelehnt wird, egal, wie fehlerhaft es sein mag. **Dr. Aynsley Kellow**

Ich habe die vom IPCC prognostizierten negativen Auswirkungen des Klimawandels sorgfältig analysiert und diese Behauptungen als übertrieben und mangels jeglicher Belege zurückgewiesen. **Dr. Madhav Khandekar**

Die alarmistischen Passagen in der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger wurden durch einen ausgeklügelten und raffinierten Prozess der Verdrehungen verzerrt. **Dr. Hans Labohm**

In der Zusammenfassung ist kein wissenschaftliches Verdienst zu finden. Die Präsentation klingt wie etwas, das von Greenpeace-Aktivisten und ihrer Rechtsabteilung zusammengestellt wurde. **Dr. Andrew Lacis**

Ich kann nicht in gutem Glauben weiterhin zu einem Prozess beitragen, der meiner Meinung nach sowohl durch vorgefasste Meinungen getrieben als auch wissenschaftlich nicht fundiert ist. **Dr. Chris Landsea**

Der IPCC-Prozess wird eher von der Politik als von der Wissenschaft angetrieben. Er verwendet Zusammenfassungen, um die Aussagen der Wissenschaftler falsch darzustellen, und nutzt die Unwissenheit der Öffentlichkeit aus. **Dr. Richard Lindzen**

Die Temperaturen haben sich im vergangenen Jahrhundert nur schubweise und in geringem Masse verändert, und seit über einem Jahrzehnt ist keine globale Nettoerwärmung mehr festzustellen. Die Befürchtungen hinsichtlich des Klimawandels sind stark übertrieben. **Dr. Harry Lins**

«Die meisten der extremistischen Ansichten haben wenig oder gar keine wissenschaftliche Grundlage.»

Ich führe eine detaillierte Bewertung der IPCC-Berichte und der Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger durch und stelle fest, wie die Zusammenfassungen die Wissenschaft verzerrt haben. Ich habe Beispiele dafür gefunden, dass eine Zusammenfassung genau das Gegenteil von dem aussagt, was die Wissenschaftler sagen. **Dr. Philip Lloyd**

Einige Regierungsvertreter, die die IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger beeinflussen, stellen die Hauptautoren falsch dar oder widersprechen ihnen. **Dr. Martin Manning**

Die vielen Verweise in den populären Medien auf einen «Konsens von Tausenden von Wissenschaftlern» sind sowohl eine grosse Übertreibung als auch irreführend. **Stephen McIntyre**

Die Erwärmungsraten auf mehreren Zeitskalen haben die IPCC-Klimamodelle jetzt ungültig gemacht. Nein, die Wissenschaft steht nicht fest. Dr. Patrick Michaels

Wenn man um den Globus geht, findet man nirgendwo einen Anstieg des Meeresspiegels. Dr. Nils-Axel Mörner

Der IPCC ist zu politisch geworden. Viele Wissenschaftler konnten dem Lockruf von Ruhm, Forschungsgeldern und Treffen an exotischen Orten nicht widerstehen, der sie erwartet, wenn sie bereit sind, wissenschaftliche Prinzipien und Integrität zur Unterstützung der Doktrin der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung aufzugeben. Dr. Johannes Oerlemans

Alle meine Kommentare wurden ignoriert, ohne dass auch nur eine Gegendarstellung erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zu dem Schluss, dass die IPCC-Berichte in Wirklichkeit dazu gedacht sind, bestimmte politische Massnahmen zu fördern, sie aber nicht eine echte und ehrliche Bewertung des Verständnisses des Klimasystems darstellen.» Dr. Roger Pielke

Was die Behauptung angeht, die Wissenschaft sei «geklärt», so halte ich das für eine Obszönität. Tatsache ist, dass die Wissenschaft von Leuten, die keine Wissenschaftler sind, verzerrt wird. Dr. Paul Reiter

Ich habe einen unwillkürlichen Würgereflex, wenn jemand sagt, die Wissenschaft sei geklärt. Jeder, der glaubt, dass die Wissenschaft bei diesem Thema feststeht, ist ein Fantast. Dr. Murry Salby

Das IPCC-Modell der globalen Erwärmung wird von den wissenschaftlichen Daten nicht unterstützt. Dr. Tom Segalstad

Ist es nicht bemerkenswert, dass in der Zusammenfassung des IPCC-Berichts für politische Entscheidungsträger die Satellitendaten oder sogar die Existenz von Satelliten überhaupt nicht erwähnt werden – wahrscheinlich, weil die Daten eine leichte Abkühlung in den letzten achtzehn Jahren zeigen, was im direkten Widerspruch zu den Berechnungen der Klimamodelle steht? Dr. Fred Singer

Es gibt eine eindeutige Sonne-Klima-Kopplung und eine sehr starke natürliche Variabilität des Klimas auf allen historischen Zeitskalen. Derzeit glaube ich kaum noch, dass es einen relevanten Zusammenhang zwischen den menschlichen CO₂-Emissionen und dem Klimawandel gibt. Dr. Hajo Smith

Der IPCC zog mehr Leute mit politischen als mit akademischen Motiven an. Im AR4 [Vierten Sachstandsbericht, d. Red.] hatten grüne Aktivisten Schlüsselpositionen im IPCC inne, und es gelang ihnen, Gegenstimmen auszuschliessen oder zu neutralisieren. Dr. Richard Tol

Die natürliche Variabilität des Wetters ist so gross, dass es schwierig ist, zu dem wissenschaftlich fundierten Schluss zu kommen, dass die globale Erwärmung vom Menschen verursacht wird. Dr. Tom Tripp

Die meisten der extremistischen Ansichten über den Klimawandel haben wenig oder gar keine wissenschaftliche Grundlage. Dr. Gerd-Rainer Weber

Die Öffentlichkeit ist mit diesem ständigen Trommelfeuer von Alarmen, die von Computermodellen gespeist werden, die von Befürwortern manipuliert wurden, nicht gut bedient. Dr. David Wojick

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Theorie der anthropogenen globalen Erwärmung falsch ist. Dr. Miklos Zagoni

Redaktoren, Gutachter und Autoren von alternativen Studien, Analysen und Interpretationen, die sogar auf denselben Daten basieren, die uns zur Verfügung stehen, wurden schikaniert und subtil erpresst. Dr. Eduardo Zorita

Diese Liste erschien zuerst auf www.electroverse.info und wurde zusammengestellt von Cap Allon.

xxx

Die dunkle Seite der Windkraft

Die Politik propagiert Windräder als günstige und ökologische Energieform. In Wirklichkeit sind Windparks ökologisch und wirtschaftlich verheerend.

Axel Robert Göhring



Windräder, Fotovoltaikanlagen und Elektroautos gelten dem modernen Europäer und Amerikaner als Sinnbild der sauberen, modernen und klimaschützenden Wirtschaft und Energieversorgung. Aber ist dieses politmedial vermittelte Bild realistisch? Klare Antwort: Nein.

Es fängt schon bei der Modernität der Windkraftanlagen an – wer gerne Hollywoodfilme schaut, entdeckt die kleinen, vielflügeligen Anlagen in fast jedem Film, der auf einem Bauernhof in der Vergangenheit spielt. Kein Wunder: In den riesigen USA waren oder sind viele abgelegene Farmen nicht an das Stromnetz der Metropolen angeschlossen. Sie produzieren dann ihren Strom mit Windrädern halt selber und legen die entsprechenden Arbeiten in die Zeitfenster, wenn der Wind weht. Das spart zudem Geld, weil man nicht die Infrastruktur der öffentlichen Netze mit bezahlen muss. Die amerikanischen Bauern sind mit ihrer schlaunen Strategie auf der Welt nicht alleine – auch in Indien, so erzählte mir ein Gaststudent in Jena, werden eigene Windkraftanlagen von landwirtschaftlichen Grossbetrieben des riesigen Subkontinentes für den Eigenverbrauch genutzt. Ins öffentliche Netz speisen sie aber nicht ein, weil die Siedlungen dauerhaft grossen Bedarf haben, der von wetterabhängigen Lieferanten nicht gedeckt werden kann.

Riesiger Flächenbedarf

Flutterstrom, Grundlast, Leistungsdichte und Erntefaktor – mit diesen Fachausdrücken lässt sich der energetische Unsinn der Windkraft umreissen. Die Begriffe gehören zu einem technischen Vokabular, das den grünen Politikern, Öko-Professoren, Energiewende-Journalisten und Klimaklebern der deutschsprachigen Länder in der Regel unbekannt ist. Da sass die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt, neulich in einer Talkshow und erklärte allen Ernstes, die Elektronen der grundlastfähigen Kernkraftwerke würden die Stromleitungen verstopfen und deswegen müssten die Windräder trotz Wind abgeschaltet werden. Dabei ist es so: Gerade Deutschland hat fast immer zu viel oder zu wenig Energie aus erneuerbaren Quellen im Netz (Flutterstrom). Ist zu wenig Strom im Netz, müssen die schnell hochfahrbaren Gaskraftwerke das ausgleichen, zusätzlich die Kohlemeiler. Ist zu viel Windstrom im Netz, müssen viele Propeller aus dem Wind gedreht werden, um eine Überlastung zu vermeiden. Ausserdem wird (nach dem Atomausstieg eher: wurde) der überschüssige Strom ins Ausland geleitet, was aufgrund der Lage Deutschlands in Mitteleuropa allerdings gut möglich ist. Zusätzlich wird – dem Vernehmen nach – von der Deutschen Bahn und anderen Betrieben, die grosse Elektromotoren besitzen, der überschüssige Strom «vernichtet», also von den Maschinen in Abwärme umgewandelt.

Auch ohne diese Probleme sind Windkraftanlagen energetisch und wirtschaftlich nicht sinnvoll, da ihre Leistungsdichte viel zu gering ist. Gemeint ist damit, wie viel Energie pro Zeiteinheit eine Maschine bereitstellen kann. Zum Vergleich: Energiemais liefert 0,2 Watt pro Quadratmeter Fläche, Fotovoltaik 10 bis 15, Wind in den Mittelgebirgen (Hessen) 45 Watt, Wasserkraft etwa 100 000, Kohle 250 000 und Urankernkraft 300 000 Watt. Man kann sich also leicht vorstellen, dass man viel mehr «erneuerbare» Kraftanlagen auf viel mehr Fläche benötigt, um dieselbe Menge elektrischer Energie – wie ein Kernkraftwerk – zu erzeugen. Beispiel: Um Deutschland ausschliesslich mit Windstrom zu versorgen, müsste man das Bundesland Bayern komplett mit Propelleranlagen vollstellen.

Um Deutschland mit Windstrom zu versorgen, müsste man Bayern komplett mit Propeller vollstellen.

Damit hängt der sogenannte Erntefaktor zusammen – das ist die Menge an Energie, die man herausbekommt, geteilt durch die investierte Energie. Auch hier rangiert die Windenergie mit dem Verhältnis 3,9 unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle gemäss OECD-Beurteilung von 7 bis 8 – im Gegensatz zu Gas- und Kohlekraftwerken mit etwa 30 und Kernkraftwerken mit etwa 75. Die neuesten Reaktortypen sollen sogar Erntefaktoren von bis zu 7000 erreichen.

Tote Vögel, Trockenheit

Neben den grundsätzlich schlechten thermodynamischen Werten schneidet die Windkraft, auch praktisch gesehen, schlecht ab: Die vom Hersteller angegebene Leistungsfähigkeit eines Rades, die Nennleistung, ist in der Regel graue Theorie, da sie nur bei optimalen Windverhältnissen erreicht wird – an Land selten. So verwundert es nicht, dass im Mittel die Volllaststunden bei Nennleistung nur knapp 19 Prozent der gesamten Betriebszeit ausmachen.

Hinzu kommt der ökologische Unsinn der Windkraft: Im Vordergrund stehen Vogelschlag und Klima-
veränderung durch die Windräder selber. Dass Vögel und Fledertiere in grosser Zahl den Riesenpropellern zum Opfer fallen, ist allgemein bekannt und wird auch von Verfechtern der sogenannten erneuerbaren Energien nicht bestritten – zu viele tote Vögel und Fledermäuse finden sich am Boden. Zur Verteidigung wird argumentiert, dass Katzen und Autos viel mehr fliegende Sympathieträger töten. Das mag korrekt sein – aber wieso ein Argument? Wenn Verkehr und Haustiere schon so viele fliegende Wildtiere töten, sollte man weitere Todesursachen vermeiden, statt sie zu fördern. Ausserdem reissen Katzen zumeist siedlungsnahen Kleinvögel wie Meisen und Amseln und keine Bussarde und Rotmilane – die teilweise geschützten Greifer werden exklusiv von Windradflügeln erschlagen.

Eine im letzten Jahrzehnt zunehmend bekannter werdende Gefahr der Windparks ist die Klimaveränderung. Kürzlich gab der besonders durch Youtube bekannte **Konstanzer Physikprofessor Gerd Ganteför**, beileibe kein scharfer Kritiker der Klimakrisentheorie, dem *Nordkurier* ein Interview, in dem er auf die Austrocknung der betreffenden Regionen hinwies. **Der Mechanismus ist einfach: Windräder nehmen dem Wind seine Energie – dafür sind sie ja da. Der verlangsamte Wind bewirkt Verdampfung – was wegen der geringeren Verdunstungskälte zu erhöhten Temperaturen führt.**

Gesundheitlicher Unsinn

Ganteför wunderte sich dabei, dass es nur wenige Studien zu dem Thema gibt. Warum, ist klar: Findet eine Studie heraus, dass sich Region X zweimal schneller als der Rest der Welt erwärmt, fliesst das Fördergeld in Mengen. Will ein Wissenschaftler aber untersuchen, welche negativen Auswirkungen die Windfarmen haben, sind die mächtigen Profiteure der angeblichen Klimakrise weniger interessiert, das zu finanzieren. Wird es doch einmal untersucht, zum Beispiel durch Konrad Voge in Deutschland, zeigt sich eine klare Korrelation zwischen der seit 2001 heftig zunehmenden Windradverbreitung und der Niederschlagsreduktion in den Bundesländern mit vielen Windparks.

Ein weiterer verschwiegener Problempunkt ist die Entsorgung der Windkraftanlagen. Nichts hält ewig – auch die sehr robust gebauten dänischen und deutschen Windräder nicht. Die Haltbarkeit der Konstruktionen basiert vor allem auf dem massiven Einsatz von Stahlbeton – allein die Fundamente haben Ausmasse, die sich der Bürger beim Spaziergang unter dem Propeller nicht vorstellen kann. Diese bleiben nach dem Abriss einer Anlage in der Regel im Boden, weil das Heben oder Abfräsen des gigantischen Metall-Beton-Pfropfens extrem teuer wäre – der erhebliche Profit des Betreibers über zwanzig Jahre wäre dann zu gering oder ganz dahin. Selbst wenn also in ferner Zukunft die deutsche oder dänische Windkraftindustrie weitgehend beerdigt und abgetragen würde, lagerten immer noch Gigatonnen Beton-Stahl-Material auf dem Meeresboden oder unter Wiesen und Wäldern – für Jahrhunderte, Jahrtausende.

Hinzu kommt eine Verbundstoffmischung der besonders windbelasteten Rotorblätter – sie bestehen in verschiedener Kombination aus Balsaholz, Epoxidharz (und Ähnlichem) sowie Aluminium- oder Karbonfaserstreben. So stabil diese Materialien auch sein mögen – wiederverwerten lassen sie sich meist nicht, eigentlich nur verbrennen. In den USA, in Wisconsin, wurden sogar viele alte Rotorblätter schlicht vergraben, weil man sie nicht verbrennen konnte.

Windkraftanlagen werden nicht in Städten, in denen die grüne Hauptwählerklientel wohnt, sondern fernab der Metropolen auf dem Land errichtet. Dessen Bewohnerschaft, eher strukturkonservativ und selten grün wählend, klagt über den Verlust von Heimat und Landschaftsbild, wenn die Politiker und ihre Förderklientel die Hightech-Industrieanlagen in Wälder und auf Wiesen stellen. Im Januar wurde vermeldet, dass die Berliner Regierung 2 Prozent der Fläche Deutschlands mit Windrädern pflastern will – tatsächlich wird es auf mehr hinauslaufen, da eine moderne Grossanlage mit Anfahrtswegen für Schwerlastfahrzeuge und so weiter erheblichen Flächenbedarf hat.

Neben dem eher emotional begründeten Argument des Heimatverlustes zeichnet sich immer deutlich ab, dass bewusst nicht hörbarer Infraschall (unter 16 Hertz) die Gesundheit nicht weniger Bürger belastet. Das niederfrequente Brummen erreicht hohe Schalldruckpegel von hundert Dezibel (ugs. «Lautstärke») und Reichweiten von zehn Kilometern. Es kann daher sehr wohl wahrgenommen werden und stört die Gesundheit besonders empfindlicher Anwohner. Da es nicht alle Menschen oder die Mehrheit betrifft, ist die Quellenlage uneindeutig – und Windkraftgegner und Befürworter bewerten das Phänomen nach eigener Interessenlage.

Windräder nehmen dem Wind seine Energie. Der verlangsamte Wind bewirkt Verdampfung.

Schliesslich sticht der finanzielle Unsinn der Windkraft ins Auge: die zeitlich befristete öffentliche Förderung. Neben Dänemark ist Deutschland mit knapp 30 000 Windkraftanlagen eine Hauptzone der weltweiten Windnutzung. Wobei das Land mit weniger als der Hälfte des Anteils an der mitteleuropäischen Tiefebene eigentlich nicht besonders windreich ist – der küstenreiche Nachbar im Norden ist da viel besser gestellt. Das zeigt sich beim Anteil an der deutschen Stromerzeugung: 2021 lieferten die Windräder nur 111 Milliarden Kilowattstunden von insgesamt 517 Milliarden (entspricht 21 Prozent). Im selben Jahr kamen zudem erstmals seit langem keine weiteren Anlagen hinzu – die Zahl schrumpfte sogar von rund 29 600 auf 28 200. Grund dafür ist der zunehmende Widerstand von Umweltschützern und Anwohnern in den Gemeinden.

Subventionsleichen

Wirtschaftlich sind Windräder, die das öffentliche Netz versorgen, noch nie gewesen. Deswegen werden deutsche Anlagen nach zwanzig Jahren meist abgebaut, und zwar aus folgendem Grund: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert den Betreibern eine steuerlich finanzierte Einspeisevergütung für zwanzig Jahre. Ohne das würde nicht ein einziges Netzwindrad errichtet, weil es schlicht zu teuer wäre; man würde draufzahlen. Nach dem Wegfall der Förderung sind die Anlagen unprofitabel und werden abgerissen – oder aufgestockt, um weitere zwanzig Jahre subventioniert zu werden.

Die Liste der hier aufgeführten Nachteile der Windkraftanlagen ist lange nicht vollständig, eine umfassende Darstellung der Probleme würde mindestens eine komplette Zeitung füllen. Die meisten der Nachteile sind auch schon lange bekannt, auch den grünen Eliten. **So diktierte ausgerechnet der gerade geschasste deutsche Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen den Journalisten der Zeit bereits Ende 2014 ins Notizheft: «Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Nicht in ein paar Details, sondern in einem zentralen Punkt. Die vielen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht das, was wir uns von ihnen versprochen haben. Wir hatten gehofft, dass sie die schmutzigen Kohlekraftwerke ersetzen werden, die schlimmste Quelle von Treibhausgasen. Doch sie tun das nicht.»**

xxx

Drehbuch der Pandemie

Der globale Gleichschritt bei den Lockdown-Massnahmen war kein Zufall. Sondern Ergebnis jahrelanger Planspiele von Politik, Wirtschaft und Medien
Stefan Homburg



Als 2020 das Coronavirus auftauchte, erliessen die Regierungen weltweit Massnahmen, die sich als überzogen erwiesen haben. Manche Menschen interpretieren diesen Gleichschritt als Ergebnis einer geheimen Verschwörung, andere nehmen ihn als Beweis dafür, dass Schulschliessungen und direkter oder indirekter Impfbzwang infolge immenser Gefahr alternativlos waren. Beide Sichtweisen sind unzutreffend. Der tatsächliche Hintergrund wird manche Leser beunruhigen, weshalb vorweg betont sei, dass er durch zahlreiche offizielle und vertrauenswürdige Quellen belegt ist.

Todesraten und Kontaktsperren

Ab dem Jahr 1999 fanden rund um die Johns Hopkins University in Maryland, USA, internationale Tagungen statt, die zunächst von Bioterrorismus, Pest und Impfstoffen handelten. Später erhielten die Konferenzen einprägsame Namen, unter denen man sie leicht im Internet findet. Den Start markierte 2001 «Dark Winter», ein Planspiel auf der Andrews Air Force Base nahe Washington. Dabei ging es um einen Pockenausbruch und um Massnahmen wie Lockdowns, Zwangsimpfungen oder die Ausrufung des Kriegsrechts. 2005 folgte die mit über hundert Militärs, Pharma- und Medienvertretern besetzte Tagung «Atlantic Storm» über eine Pockenpandemie.

Beim Planspiel «Event 201» ging es um ein Coronavirus, das vom Tier auf den Menschen übergesprungen war.

Laut Drehbuch weilten wichtige Regierungschefs zufällig auf einem transatlantischen Sicherheitsgipfel, als sie von der Nachricht über Pockenausbrüche ereilt wurden, und beschlossen vor ihrer Rückkehr in die Heimatländer gemeinsame Gegenmassnahmen. Man fühlt sich unbehaglich an Ende Januar 2020 erinnert, als US-Präsident Donald Trump und seine Regierungskollegen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos von der Ausbreitung des Coronavirus erfuhren, während zeitgleich die Johns Hopkins University ihr berühmtes Dashboard mit «Fallzahlen» freischaltete, vor dem in den Jahren darauf die ganze Welt wie ein Kaninchen vor der Schlange sitzen sollte.

Nach einer längeren Pause infolge der Finanzkrise und des tragischen Impfstoffskandals bei der sogenannten Schweinegrippepandemie wurden die Tagungen 2017 mit dem Simulationsspiel «Spars» fortgesetzt, das erstmals von einem Coronavirus handelte. Im Zentrum standen nicht Gegenmassnahmen, sondern sogenannte Kommunikationsstrategien, nämlich weltweit einheitliche Statements, intensive Zensur und Bekämpfung aller Massnahmen- und Impfkritiker. Vorletztes Jahr schrieb die *Jewish Voice*, die Ähnlichkeiten zwischen «Spars» und der Corona-Krise seien unheimlich, insbesondere die verabredete Impfpropaganda durch Leitmedien, Präsidenten und Prominente, die vorhergesagten Todesraten und die Kontaktsperren.

Mindestens ebenso unheimlich ist das Washingtoner Planspiel «Clade X» um ein aus dem Labor entwichenes Atemwegsvirus, das mittels drakonischer Massnahmen, eines PCR-Tests und vor allem eines in Windeseile entwickelten Impfstoffs bekämpft wird. Sogar die absurde Chimäre «symptomlos Infizierter», die ab 2020 als zentraler Hebel für das Einsperren gesunder Menschen und für Demoverbote diente, wurde bereits in dieser Simulation aus dem Jahr 2018 vorbereitet.

Komplettiert wird die Liste durch das Planspiel «Event 201», das im Oktober 2019 stattfand, nur wenige Monate vor der Ausrufung der Corona-Pandemie. Erneut ging es um ein Coronavirus, diesmal aber nicht aus dem Labor entwichen, sondern vom Tier auf den Menschen übergesprungen. Veranstalter waren neben der Johns Hopkins University das Davoser Weltwirtschaftsforum sowie die Gates-Stiftung, die kurz zuvor 55 Millionen Dollar in das erfolglose Unternehmen Biontech investiert hatte. Unter den Teilnehmern beeindruckten die CIA, NBC und die weltgrösste Werbeagentur Edelman. Sie verabredeten, sämtliche Massnahmen- und Impfkritiker als Verschwörungstheoretiker anzugreifen, eine Worterfindung der CIA aus den 1950er Jahren.

Corona-Gewinner

Zusammengefasst war der weltweite Gleichschritt der Lockdown-Politik kein Zufall, sondern Ergebnis jahrelanger Einübung durch Beamte, Medien, Manager und Politiker. Können wir uns jetzt, nach der Überwindung der klinisch unauffälligen Corona-Krise, beruhigt zurücklehnen? Eher nicht: Im Oktober 2022 folgte das Planspiel «Catastrophic Contagion», das hohe Todesraten unterstellte. Weil Corona etliche Gewinner hatte, vor allem Dutzende neue Milliardäre der Pharmaindustrie, und weil die viel zahlreicheren Verlierer derart anfällig für massive Propaganda sind, erscheint der Ausruf einer neuen Pandemie fast ausgemacht. Der in Arbeit befindliche WHO-Pandemievertrag weist klar in diese Richtung.

Stefan Homburg ist emeritierter Professor für öffentliche Finanzen der Leibniz-Universität Hannover. Er twittert unter @SHomburg.

xxx

Sanfter die Millionen nie sprudeln

Das Klimaschutzgesetz schafft einen nie versiegenden Quell von Steuergeldern. Kein Wunder, sind die grössten Befürworter auch die grössten Profiteure. Der grösste von allen: Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen.

Philipp Gut



Schlägt man in diesen Tagen eine Zeitung auf, kommt man nicht um Jürg Grossen herum. Der Präsident der Grünliberalen weibelt für das sogenannte Klimaschutzgesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen. In einem Inserat des Ja-Komitees lächelt Grossen neben dem Slogan: «Vom Klimaschutz

profitiert das Gewerbe.» Das Stichwort «profitieren» trifft den Nagel auf den Kopf. Denn dieses Gesetz ist ein Subventionsgesetz, das bestimmte Unternehmen und Branchen gezielt bevorzugt und andere massiv benachteiligt und auf lange Sicht sogar eliminiert. Gute Nacht, Ölhändler. Guten Morgen, Wärmepumpenverkäufer.

Zu den Profiteuren zählt Jürg Grossen – nicht nur politisch, sondern auch geschäftlich. Er ist an mehreren Firmen beteiligt, die den Klimawandel und die «Energiewende» zum Geschäftsmodell erhoben haben. Ein Beispiel ist die Smart Energy Link AG mit Sitz in Frutigen. Diese bringe «die Energiewende in Ihr Gebäude – mit Solarstrom und einer intelligenten Steuerung zum Eigenverbrauch, die sich für alle lohnt», so die Eigenwerbung. Am meisten dürfte es sich für Grossen lohnen. Er ist Präsident der Smart Energy Link AG.

Geniales Geschäftsmodell

Den Vogel schießt Grossen mit der Netto-Null.Swiss AG ab, die ebenfalls in seinem Wohnort Frutigen domiziliert ist. Sie macht das Ziel des Klimagesetzes, «netto null» CO₂-Ausstoss bis 2050, kurzerhand zum Firmennamen. Das Unternehmen mit einem Stammkapital von 100 000 Franken ist eine Parallelaktion zum Gesetz: Es wurde am 3. Dezember 2021 ins Handelsregister eingetragen – just zu dem Zeitpunkt, als Nationalrat Grossen im Parlament den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative aufgleiste. Wann hat man je einen so entwaffnend ehrlichen Profiteur in der Schweizer Politik gesehen?

Die kongeniale Verschmelzung von Politik und Geschäft, von öffentlichem und eigenem Interesse geht im Fall von Jürg Grossen über Jürg Grossen hinaus. Das Modell «Grossen» schliesst auch seine Frau Annelies Grossen-Rösti ein. «Wir machen Politik im Team», verriet sie der *Schweizer Illustrierten*. Frau Grossen ist Gemeinderätin in Frutigen. Das politische Teamplay mit ihrem Mann könnte in Zukunft noch enger werden: Sie kandidiert ebenfalls für den Nationalrat, ebenfalls für die Grünliberalen.

Grossen profitiert in Personalunion als Unternehmer, Politiker und Multiverbandsvertreter.

Geschäftlich ist die «Gärtnerin» (Selbstbezeichnung) längst ins Grossen-Imperium integriert, unter anderem als Verwaltungsrätin bei der Netto-Null-AG und als «Facility Managerin» bei der Elektroplan AG, bei der ihr Mann in der Geschäftsleitung sitzt. Auch Annelies Grossen hat den Twist raus: Sie will eine «Zukunft, welche die Lösungen für den Klimaschutz endlich umsetzt, welche schon vorhanden sind». Die Schweizer Unternehmen seien «Innovationsweltmeister» und wüssten, wie die Klimaziele zu erreichen seien. Wer hat's erfunden? Die Grossens.

Neben weiteren Unternehmen wie der Elektroplan Buchs & Grossen AG sichert der GLP-Präsident seinen Einfluss in der Lobby- und Verbandspolitik ab. Auch dort ist er in Branchen tätig, die vom Klima-Hype und von dessen politischer Bewirtschaftung profitieren. Er ist Präsident von Swissolar, dem Schweizerischen Fachverband für Sonnenenergie. Er ist Präsident von Swiss E-Mobility und zugleich Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe Elektromobilität. Und er ist Präsident von Smartgridready, einem Verein, der die Umsetzung der «Energierstrategie 2050» mit «intelligenten Stromnetzen» und einem «anerkannten Label» vorantreiben will.

Halten wir fest: Das Geschäftsmodell «Grossen» ist schlicht grossartig. Sein Erfinder warnt als Parteipräsident und Nationalrat in düsteren Farben vor dem globalen Kollaps («Gegen die Klimaerwärmung aber gibt es keine Impfung. Wir haben nur noch wenig Zeit, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Wir müssen jetzt konsequent handeln»), baut als Multiverbandspräsident Druck auf, macht als Parlamentarier die passenden Gesetze und profitiert davon wiederum in Personalunion als Unternehmer, Politiker und Verbandsvertreter.

Die Welt retten und damit die eigene Tasche füllen? Grossen hat dies zur Perfektion getrieben, auch wenn er gegenüber der Weltwoche tiefstapelt: «Ich habe kein geniales Geschäftsmodell entwickelt, vielmehr lebe ich meine Überzeugungen hin zu mehr Nachhaltigkeit als Unternehmer konsequent – und zwar schon lange bevor ich in die Politik eingestiegen bin.» Alle Firmen, bei denen er direkt oder indirekt beteiligt ist, seien «auch in Zukunft gut ausgelastet. Wir sind nicht auf politische Unterstützung angewiesen.» Sind die Steuermilliarden also überflüssig?

Energiemehrkosten von 5000 Franken

Die *Neue Zürcher Zeitung* hat unlängst vor einem «Klimakommunismus» gewarnt. Das ist durchaus berechtigt angesichts der planwirtschaftlichen Anwandlungen in Bundesbern. Ebenso gut könnte man aber auch von «Klimakapitalisten» sprechen, und Jürg Grossen wäre ihre Galionsfigur. Nichts gegen

profitable Unternehmen, nichts gegen smarte Profitoptimierer. Doch hier geht es um Staatseingriffe, um Subventionswirtschaft für boomende Branchen, die ohnehin kaum liefern können, was die Nachfrage verlangt. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) bezeichnet den Milliardengeldsegen denn auch als «Kern» des Klimaschutzgesetzes.

Die zu verteilenden Summen machen den Appetit von Grossen & Co. verständlich: Insgesamt sollen in den nächsten Jahren 3,2 Milliarden Franken umverteilt werden. Zwei Milliarden sind für den Ersatz von Öl- oder Gasheizungen vorgesehen. Laut dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) gehören die Hausbesitzer darum zu den Hauptprofiteuren der Vorlage. Dumm nur, dass der Hauseigentümerverband (HEV) dies anders sieht. Er lehnt den faktischen Sanierungszwang ab. Auch würden viele Eigentümer auf erheblichen Kosten sitzenbleiben, und die Mieten würden steigen. Weitere 1,2 Milliarden Franken will das Gesetz in Unternehmen pumpen, die «in klimafreundliche Technologien investieren».

Damit sind die finanziellen Dimensionen allerdings bei weitem nicht ausgelotet. Die Strategieberatungsgruppe Boston Consulting rechnet mit gegen 400 Milliarden Franken für den angestrebten Totalumbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Teuer wird es gemäss einer ETH-Studie auch für die Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen im Extremfall einen Anstieg der jährlichen Energiekosten von heute 3000 auf 9600 Franken berappen – pro Person.

Umgekehrt zählen Branchen wie die Gebäude- und Elektrotechnik zu den Gewinnern. Neben den Herstellern und Installateuren von Solaranlagen und Wärmepumpen macht die Finanz und Wirtschaft «Profiteure der Energiewende aus der zweiten Reihe» aus, beispielsweise Versicherungen. Als umtriebige Akteure im Speckgürtel der Klimapolitik fallen insbesondere Staatsbetriebe wie die Bernischen Kraftwerke (BKW), die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) oder die Industriellen Werke Basel (IWB) auf. Sie betreiben eine aggressive Expansionspolitik, kaufen reihenweise Unternehmen im Bereich Fotovoltaik oder Elektroinstallation und profitieren mehrfach: Sie können mit Steuergeld im Rücken auf Subventionsjagd gehen und private Konkurrenten vom Markt drängen.

Wo es so viel zu holen gibt, sind die parlamentarischen Türöffner nicht weit. Auf Augenhöhe mit Jürg Grossen agiert Peter Schilliger, FDP-Nationalrat und «Unternehmer Gebäudetechnik». Mit der Herzog Haustechnik AG und weiteren Firmen ist der ehemalige Zentralpräsident und heutige Beirat des Gebäudetechnik-Verbands Suissetec eine Schlüsselfigur der Branche. Er engagiert sich im Ja-Komitee des Klimagesetzes, das als indirekter Gegenvorschlag die zentralen Forderungen der links-grünen Gletscherinitiative übernimmt. Bedenken, damit das freisinnige Gedankengut zu verraten, wischt Schilliger weg. «Als Liberaler hat man nicht nur Freude, wenn Gesetze an Subventionen gekoppelt sind», sagte er bei einem Kampagnenauftritt. In diesem Fall sei das aber berechtigt. Wie sehr das süsse Gift des Staatsgelds die Sinne vernebelt, zeigt die Tatsache, dass der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) Stimmfreigabe beschlossen hat. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse steht sogar «klar» hinter der auf links-grünem Mist gewachsenen Vorlage.

Lukrative Interventionen

Eine schillernde Rolle spielt Mitte-Präsident Gerhard Pfister. Das hat nicht nur damit zu tun, dass der einst stramm konservative Katholik vom Ägerisee in letzter Zeit scharf nach links zieht. Der Germanist und ehemalige Schulleiter Pfister ist Präsident von Cemsuisse, dem Verband der Schweizerischen Zementindustrie. Diese hat ein starkes Geschäftsinteresse am Bau von tonnenschweren Sockeln für Windräder und generell an Neubauten. Sie profitiert, wie kaum eine andere Branche, von der Zuwanderung und der damit einhergehenden Zubetonierung der Schweiz. Könnte für sie auch das Schielen auf Subventionen für die CO₂-Speicherung interessant sein? Immerhin macht dafür sogar das Abstimmungsbüchlein des Bundes Reklame («das CO₂ wird in Beton eingelagert, der im Bau eingesetzt wird»). Pfister dementiert scharf, ein Klimaprofiteur zu sein. Aber auch er spricht vom «breiten Einsatz neuer Technologien», die der Bund ja fördern will. Eine «entsprechende Planungssicherheit bezüglich Speicherung und Transport von abgeschiedenem CO₂» sei für die Zementindustrie «sehr wichtig». Fakt ist: Pfister ist neben Grossen, Petra Gössi (FDP) und Nadine Masshardt (SP) auf den Inseraten abgebildet, die behaupten, vom Klimaschutz «profitiere» das Gewerbe.

Wo es so viel zu holen gibt, sind die parlamentarischen Türöffner nicht weit.

Auch auf links-grüner Seite steht der staatlich gelenkte Klimakapitalismus hoch im Kurs, selbst bei einem Genossen wie Roger Nordmann, der sich als «Berufspolitiker» bezeichnet. Das hindert den Ex-Präsidenten von Swissolar nicht daran, die Interessen der Firma Planair sowie der Groupe E im

freiburgischen Granges-Paccot zu vertreten, die ganz dick ins Geschäft mit der Klimapolitik eingestiegen ist. Das Unternehmen mit 2500 Mitarbeitern, das aus der Fusion der Freiburger Elektrizitätswerke (FEW) mit der Electricité neuchâteloise SA (Ensa) hervorging, will «seinen Beitrag zur Energiewende leisten» und hat nach eigenen Angaben «die grösste ans Netz angeschlossene Photovoltaikkapazität». Der Hunger nach dem subventionsgetriebenen Ausbau der Sonnenenergie ist damit nicht gestillt: «Bis zum Jahr 2035 wollen wir weitere 35 000 Photovoltaikanlagen aufbauen.» Ausserdem setzt die Groupe E stark auf Elektromobilität. Die ursprüngliche Aufgabe der regionalen Stromversorgung rückt demgegenüber in den Hintergrund.

«Politik der Chancen»

Ein Händchen für geschäftsfördernde Staatsinterventionen hat Eric Nussbaumer (ebenfalls SP). «Ich engagiere mich konsequent für Investitionen in die Zukunft: Erneuerbare Energien und gesteigerte Energieeffizienz schaffen nachhaltig Tausende neue Arbeitsplätze», verkündet er. Seine Interessenbindungen führen zur ADEV Energiegenossenschaft in Liestal, zum Wärmeverbund Lehenmatt Birs AG in Basel («Werden Sie Teil der Wärmezukunft») und zur Willy Gysin AG («Wir bauen für Sie eine schlüsselfertige Solarstromanlage auf Ihr Dach»). In Bern sorgt Nussbaumer dafür, dass die entsprechenden Bundesgelder fliessen. Auch mehrere Parlamentarierinnen aus dem linksgrünen Spektrum dürfen sich rühmen, den Ausgang der Welt aus der angeblichen Klimahölle mit geschickter Klientelpolitik zu vergolden.

Die Grüne Franziska Ryser («Für Klimaschutz und Gleichstellung») ist Präsidentin der Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände (KGTV). Autoschreck Gabriela Suter lobbyiert an führenden Stellen für Swisscleantech, Swissolar sowie die «Netzwerkorganisation» Eco.ch, die «Akteure aus Politik und Gesellschaft mit Aktivistinnen und Aktivisten» verbindet. Das ist der Stoff, aus dem politische Erfolgsgeschichten wie die Umwandlung der extremen linken Gletscherinitiative in mehrheitsfähige, wenn auch im Effekt praktisch identische Bundesgesetze gewoben sind.

Am schlausten macht es aber vielleicht doch die GLP («Die Politik der Grünliberalen ist eine Politik der Chancen»). Die Zürcher Nationalrätin Barbara Schaffner («Fossile Energien für Dinosaurier, erneuerbare für uns») ist aktiv bei der ADEV Energiegenossenschaft GmbH, bei der ADEV Solarstrom AG, bei Biomasse Suisse, bei der Schweizer Velo-Allianz Cycla und bei der Unternehmerinitiative Neue Energie Zürich. Wie sagt doch ihr Präsident Jürg Grossen: «Ein gesundes Klima ist die Voraussetzung für eine gesunde Bevölkerung und eine gesunde Natur. Davon profitieren wir alle: die Natur, die Wirtschaft und vor allem auch wir Schweizerinnen und Schweizer.» Manche profitieren einfach noch ein bisschen mehr. Da spielt es auch keine Rolle, dass die Wirkung von netto null auf das Klima so gut wie null ist, weil die Schweiz nur einen Tausendstel zum weltweiten CO₂-Ausstoss beiträgt und die Emissionen sowieso weiter reduziert. Hauptsache, die Milliarden fliessen. Hauptsache, die Kasse klingelt.

xxx

Ukraine sprengt Staudamm von Kachowka von Anti-Spiegel, Thomas Röper, 6. Juni 2023

In der Nacht zum 6. Juni ist passiert, was lange erwartet wurde: Der Ukraine ist es gelungen, den Staudamm von Kachowka zu sprengen, das unter dem Damm liegende Gebiet wird überflutet, die Einwohner werden evakuiert und die russische Armee muss Stellungen aufgeben. Das ist ein Kriegsverbrechen der Ukraine.

Dass Kiew vorhatte, den Kachowka Staudamm zu sprengen, habe ich schon vor fast einem Jahr berichtet. Ich selbst war letztes Jahr zwei Mal dort und habe die Schäden des ukrainischen Beschusses an dem Staudamm gesehen. Das erste Mal war ich [im Mai 2022](#) mit einer Gruppe Journalisten dort und uns wurden das Wasserkraftwerk und der Damm gezeigt. Damals war dort noch alles intakt, das Kraftwerk hat normal gearbeitet. Dieses Drohnenvideo haben Kollegen damals bei unserem Besuch gemacht.

Das zweite Mal war ich [Ende September 2022](#) dort, als ich als Wahlbeobachter vier Tage lang das Referendum im Gebiet Cherson beobachtet habe. Bei der Gelegenheit bin ich wieder bei dem Kraftwerk gewesen.

Der Damm des Kraftwerks und die Antonowbrücke waren die einzigen Möglichkeiten, den Dnjepr zu überqueren und beide wurden damals von der ukrainischen Armee heftig beschossen. Die Antonowbrücke stand damals zwar noch, aber die Fahrbahn war an einigen Stellen dermaßen zerstört, dass die Brücke nicht mehr genutzt werden konnte. Auch der Damm des Kraftwerks wurde heftig beschossen und war sowohl wegen des ukrainischen Beschusses als auch wegen der schweren Schäden [für den Verkehr gesperrt](#). Die Fotos und [dieses Video](#) zeigen, wie der Damm nach dem monatelangen ukrainischen Beschuss damals bereits aussah.

Wer profitiert von der Sprengung?

Russland hatte an der Sprengung des Damms nie ein Interesse, wie ich auch von meinen Besuchen vor Ort weiß. Das linke Dnjeprufer, das Russland kontrolliert, liegt tiefer als das von der Ukraine kontrollierte Ufer und der Fluss ist die Kontaktlinie. Russland hat seine Verteidigungsstellen am Fluss errichtet, die nach der Sprengung nutzlos werden, weil sie schon jetzt bis zu fünf Meter unter Wasser stehen.

Natürlich macht der hohe Wasserstand eine Flussüberquerung auch für die Ukraine schwieriger, aber der Wasserstand wird auch wieder zurückgehen, wenn der Stausee abgeflossen ist. Die Überschwemmung bringt Kiew daher Vorteile, weil die Russlands Verteidigungsstellungen nutzlos geworden sind.

Hinzu kommt, dass auch der (nun ehemalige) Stausee für die ukrainischen Truppen leichter überquerbar wird, weil aus dem gigantischen Stausee nun ein Fluss wird, den die ukrainische Armee viel leichter überqueren kann, um die russischen Truppen auf der anderen Seite anzugreifen.

Dass die Sprengung des Staudamms mit Meldungen über den Beginn der ukrainischen Gegenoffensive zusammenfällt, ist ein weiteres Indiz für die ukrainische Täterschaft. Die Überflutung setzt Russland unter Druck, weil es seine Truppen im Gebiet Cherson verlegen muss und eilig Zivilisten evakuieren muss, was auch Ressourcen bindet.

Hinzu kommt die propagandistische Wirkung, denn Kiew beschuldigt Russland, den Damm gesprengt zu haben, was die Medienmaschine des Westens natürlich eifrig zitiert. Russland wird als „Terrorstaat“ bezeichnet, der einen Staudamm gesprengt und damit weit über zehntausend Zivilisten in Gefahr bringt. Man kann zwar davon ausgehen, dass diese Version außerhalb der westlichen Medienblase als nicht allzu glaubwürdig angesehen wird, aber zumindest im Westen wird das Ereignis die anti-russische Hysterie in Medien und Politik weiter anheizen. Und auch innerhalb der von Kiew kontrollierten Ukraine wird das seine Wirkung haben.

Die Geschichte passt schließlich in das von Kiew und dem Westen verbreitete Narrativ, dass Russland sich angeblich ständig selbst beschießt, wie zum Beispiel beim AKW Saporoschje.

Das Atomkraftwerk in Saporoschje

Das Atomkraftwerk in Saporoschje, das Russland seit Beginn der Intervention in der Ukraine kontrolliert und das immer wieder von Kiew beschossen wurde, hat sein Kühlwasser aus dem Stausee des Kachowka-Damms bezogen. Daher war mein erster Gedanke, dass auch das AKW nun bedroht ist. Allerdings wird aus Russland Entwarnung gegeben, denn offenbar hatte man sich auf dieses Szenario vorbereitet und eine alternative Wasserversorgung organisiert, die die Kühlung des abgeschalteten AKW gewährleistet und einen Gau verhindert. Allerdings dürfte es ausgeschlossen sein, dass das derzeit stillgelegte AKW in absehbarer Zeit wieder hochgefahren wird.

Die Strom- und Wasserversorgung

Die Zerstörung des Wasserkraftwerkes scheint keinen Einfluss auf die Stromversorgung auf beiden Seiten zu haben, zumal das Kraftwerk wegen des Beschusses schon lange faktisch außer Betrieb war. Schwieriger wird hingegen die Wasserversorgung, denn der Stausee war für die Wasserversorgung auf beiden Seiten wichtig. Vor allem die wasserarme Krim hat ihr Wasser über einen Kanal aus dem Stausee bezogen. Die Wasserversorgung der Krim war nach ihrer Vereinigung mit Russland lange problematisch, weil Kiew den Kanal 2014 geschlossen hatte.

Aber aus diesem Grund hat man auf der Krim in den folgenden Jahren gelernt, mit weniger Wasser auszukommen. Das hat zwar für Probleme gesorgt, bis der Kanal letztes Jahr von den Russen wieder geöffnet wurde, aber keine Katastrophen verursacht. Der Gouverneur der Krim hat daher zum Wassersparen aufgerufen, aber dramatische Entwicklungen werden nicht erwartet.

Aus von der Ukraine kontrollierten Städten werden Probleme gemeldet. Dort ist man das Wassersparen nicht gewöhnt und die Aufrufe der Behörden, Wasser zu sparen, haben zu Panik geführt. Weil alle versuchten, Wasservorräte anzulegen, waren die Leitungen überlastet und stellenweise kam gar kein Wasser mehr aus den Hähnen. Aus Supermärkten werden Panikkäufe von Wasser gemeldet.

Aber so, wie die Krim ab 2014, werden auch die Ukrainer natürlich lernen, mit der neuen Situation umzugehen.

Was das allerdings für die anscheinend angelaufene ukrainische Offensive bedeutet, werden wir erst noch sehen.

xxx

Wer über Leichen geht

Kritik der zynischen Vernunft am Beispiel der westlichen Ukraine-Politik.
Oskar Lafontaine



US-General Keith Kellogg, ein ehemaliger Berater von Donald Trumps Vizepräsident Mike Pence, bestätigte am 28. Februar im Streitkräfteausschuss des US-Senats all diejenigen, die im Ukraine-Krieg einen über viele Jahre geplanten geostrategischen Krieg der USA gegen Russland sehen. Er sagte: «Die Beseitigung eines strategischen Gegners ohne Einsatz von US-Truppen ist der Gipfel der Professionalität. So können wir uns auf das konzentrieren, was wir gegen unseren Hauptgegner tun sollten, der im Moment China ist.»

Aussenministerin mit Zeigefinger

Der Vorsitzende des Ausschusses, der republikanische Senator Rick Scott widersprach diesem skrupellosen Zynismus nicht. Vielmehr sagte er in dem Hearing, er verstehe nicht, warum Deutschland nicht noch mehr tödliche Waffen an die Ukraine geliefert habe.

Nun muss ein republikanischer Senator, der auch mal Gouverneur von Florida war, die deutsche Geschichte und die sich aus ihr ergebenden Verpflichtungen nicht kennen. Wohl aber sollten sie Leute kennen, die in Berlin Regierungsämter bekleiden. Die Deutschen haben während Hitlers Vernichtungskrieg Millionen Russen umgebracht. In vielen Familien lebt das Andenken an diese Menschen, die Opfer des nationalsozialistischen Grössenwahns wurden. Deshalb sollte kein deutscher Politiker auf die Idee kommen, in einem Krieg Waffen zu liefern, mit denen wieder Russen getötet werden. Die gleiche Verpflichtung gilt auch für die Ukraine und alle anderen ehemaligen Völker der Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg viele Opfer zu beklagen hatten. Aber solche Skrupel haben die deutschen Politiker nicht mehr. Vielmehr glaubt die Aussenministerin, mit moralisch erhobenem Zeigefinger die ganze Welt belehren zu können, und merkt gar nicht, dass sie in vielen Ländern nur noch Kopfschütteln erntet und zur lächerlichen Figur wird.

Vor einigen Tagen lobte der ukrainische Präsident Selenskyj den deutschen Bundeskanzler dafür, dass die Bundesrepublik nach den USA der zweitgrösste Unterstützer der Ukraine sei. «Das ist sehr viel. Das zeigt den Willen des deutschen Volkes, die Freiheit zu verteidigen.» Der so Gelobte betont selbst immer wieder, wir seien jetzt der stärkste Unterstützer der Ukraine nach den USA und das würden wir auch bleiben. Im vergangenen Jahr habe Deutschland 17 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine ausgegeben. Scholz bewies damit, dass das Geld der Steuerzahler bei ihm nicht gut aufgehoben ist. Die Deutschen werden nämlich viel stärker zur Kasse gebeten, als der Bundeskanzler ihnen weismachen will.

Wer hat Scholz ermächtigt?

Auf den für politisch Interessierte in Deutschland unverzichtbaren *Nachdenkseiten* hat Jens Berger vorgerechnet, dass Deutschland, wenn man die Kosten einbezieht, die uns durch die von den USA

vorgegebenen Sanktionen entstanden sind, seit Beginn dieses Krieges 577 Milliarden Euro ausgegeben hat. Das sind auf jeden Haushalt umgerechnet 14 000 Euro. Und es soll so weitergehen, wenn es nach Olaf Scholz geht. Wer hat ihn eigentlich dazu ermächtigt?

Harry S. Truman: «Lass sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten.»

Immer mehr Wählerinnen und Wähler stellen sich diese Frage. Warum sehen die Politamateure in Berlin nicht, wie Washington sie an der Nase herumführt? Während Deutschland und Europa verlieren, sind die USA der eindeutige Profiteur dieses Krieges, weil die europäische Wirtschaft im Vergleich zur US-Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit verliert, in zunehmendem Masse Betriebe in die USA abwandern und weil die US-Fracking-Industrie und die US-Rüstungsindustrie sich über Milliardenaufträge aus Europa freuen können.

Deutsche Kriegsbefürworter, darunter der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter und der Grünen-Politiker Anton Hofreiter, haben den US-Präsidenten Joe Biden in einem peinlichen Brief gebeten, der Ukraine doch endlich F-16- Kampfflugzeuge zu liefern. Zur Begründung schrieben sie, man glaubt es kaum, es gebe keinen Grund, eine Fortsetzung des Krieges über 2023 hinaus auszuschliessen. Russland sei stärker, als viele glauben, und die vielbeschworene Frühjahrsoffensive werde wohl nicht reichen.

Auf dem G-7-Gipfel wurden die beiden Kriegsfreunde erhört. Nach anfänglichem Zögern sagte Joe Biden Selenskyj die seit langem erbetenen Kampfflugzeuge zu. Allerdings, so hiess es sofort, würden die USA nicht selbst liefern, das sei Sache der Europäer, ebenso die Ausbildung der Piloten. Die europäischen Politiker merken gar nicht, wie sie von den US-Strategen vors Rohr geschoben werden. Die geleakten Pentagon-Papiere zeigen, dass die USA nicht davon ausgehen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt. Und da im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten sind, fürchten seine Anhänger, Joe Biden könnte wegen der steigenden Milliardenausgaben im Ukraine-Krieg unter Beschuss der Republikaner geraten. Dann müsste man Selenskyj zu einem Waffenstillstand drängen und im Gegenzug Sicherheitsgarantien, militärische Aufrüstung und Wirtschaftshilfen versprechen. Der so eintretende Waffenstillstand könnte viele Jahre dauern, ohne dass es eine endgültige Entscheidung gäbe, ähnlich wie in Nord- und Südkorea.

Es ist ein menschenverachtender Zynismus, wenn ein US-General sich freut, dass man einen strategischen Gegner erledigen kann, ohne US-Soldaten zu opfern. Von den vielen tausend Ukrainern und Russen, die in diesem sinnlosen Krieg ihr Leben verloren haben, ist nicht die Rede. Dass dieser menschenverachtende Zynismus kein Ausrutscher ist, zeigte auch die sicherheitspolitische Expertin des American Enterprise Institute, Kory Schake, kürzlich in einem Interview mit CNN: «Für 5 Prozent des US-Verteidigungshaushalts und ohne einen einzigen gefallenen US-Soldaten zerstört die ukrainische Armee das russische Militär. Das ist absolut im Interesse der USA.»

Sinnloses Morden

Den gleichen Zynismus offenbaren auch die vielen Kommentare in den westlichen Medien, die uns darüber belehren, dass die Chancen auf einen Waffenstillstand in diesem sinnlosen Krieg steigen, wenn der US-Präsident Joe Biden im nächsten Jahr fürchten muss, die Wahlen zu verlieren. Die täglich Sterbenden sind kein Anlass für einen sofortigen Waffenstillstand, solange keine US-Soldaten ums Leben kommen. Wohl aber können geopolitische Interessen der USA gegenüber China oder die Gefahr einer Wahlniederlage des US-Präsidenten Joe Biden ein Grund sein, das sinnlose Morden zu beenden. Das Ganze nennt sich wertegeleitete Aussenpolitik. Dieser Zynismus, der über Leichen geht, ist nicht neu.

Während des Zweiten Weltkriegs, am 24. Juni 1941, wurde ein US-Politiker in der New York Times zitiert: «Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Wenn jedoch Russland siegt, sollten wir Deutschland helfen. Lass sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten.» Sein Name: Harry S. Truman. Er wurde im April 1945 nach dem Tod Franklin D. Roosevelts US-Präsident und befahl am 6. und 9. August den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Oskar Lafontaine ist ehemaliger Vorsitzender der SPD und Finanzminister Deutschlands a. D.

Grüne Planwirtschaft: Energie-Effizienz-Gesetz wird zum „Wachstumskiller“

JAKOB SCHMIDT, 05.06.2023

Das Ifo-Institut sieht durch das neue Energie-Effizienz-Gesetz eine Art Wirtschafts-Schrumpfungprogramm auf uns zurollen. Das eigentliche Problem liegt aber viel tiefer und verheißt für den Standort Deutschland nichts Gutes.



Grüne Planwirtschaft hat den Standort Deutschland auf Jahrzehnte hinaus ruiniert. (Foto: dpa)

Clemens Fuest, Ökonom und Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, hat scharfe Kritik am jüngst verabschiedeten Entwurf des **Energie-Effizienz-Gesetzes** geäußert. Dieses könnte zu einem „Wachstumskiller“ werden, schreibt Fuest in einem **Beitrag** für das Institut. „Anders als sein Name es nahelegt, regelt es nicht die Energieeffizienz, es deckelt den gesamten Energieverbrauch des Landes.“

Gemäß dem umstrittenen Gesetz soll der Endenergieverbrauch bis 2030 gegenüber heute um rund 22 Prozent sinken. Wenn die Energieeffizienz künftig so schnell wachse wie bisher, erfordere dieses Ziel, dass die Wirtschaft innerhalb der nächsten sieben Jahre um 14 Prozent schrumpfe. Wenn die Wirtschaft in Zukunft wie bisher wachsen soll, müsse sich die Energieeffizienz verdreifachen, so Fuest. Der Ifo-Präsident bezieht sich mit dieser Beispielrechnung auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Mehr Wirtschaftsleistung erfordert tendenziell auch mehr Energieverbrauch – es sei denn die Energieeffizienz steigt in ausreichendem Maße.

Fuest wörtlich: „In den Jahren von 2008 bis 2021 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland preisbereinigt um 13 Prozent gestiegen. Tatsächlich ist der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum um 5 % gesunken. Die Energieeffizienz ist also gestiegen, und zwar im Durchschnitt um 1,4 Prozent pro Jahr.“

Um das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der letzten 15 Jahre mit dem Energie-Effizienz-Gesetz zu vereinbaren, müsse die energetische Effizienz aber jedes Jahr um vier Prozent steigen. „Ist das möglich? Das weiß heute niemand. Man kann sicherlich mehr tun, um Energie einzusparen, aber diese Einsparungen werden mit wachsender Energieeffizienz immer schwerer. Die niedrig hängenden Früchte auf diesem Gebiet sind bereits geerntet.“

Darüber hinaus bezweifelt der Ifo-Chef selbst den ökologischen Nutzen des Gesetzes. Nur fossiler Energieverbrauch würde die Umwelt schädigen. Das Effizienz-Gesetz in seiner aktuellen Form unterscheidet aber nicht zwischen den Energieformen.

Das Fazit des Ifo-Chefs fällt wenig schmeichelnd aus: „Die deutsche Politik will in wirtschaftlich ohnehin schwerer Zeit ein Gesetz verabschieden, das den Energieverbrauch unnötig einschränkt und massive ökonomische Risiken mit sich bringt. [...] Mit welchen Instrumenten die Senkung des Energieverbrauchs durchgesetzt werden soll, bleibt unklar. Man fragt sich, ob wirklich beabsichtigt ist, die Zielerreichung durchzusetzen. Dazu passt, dass man gleichzeitig einen subventionierten Industriestrompreis einführen will. Er soll energieintensive Industrien im Land halten und wird den heimischen Energieverbrauch eher erhöhen. All dies wirkt, als hätte die Energiepolitik die Orientierung verloren.“

Dem kann ich nur zustimmen. Und daran anknüpfen, denn das Energie-Effizienz-Gesetz ist lediglich ein besonders augenfälliges Symptom für größere systemische Probleme.

Bürokratischer Kontrollwahn und Interventionsspirale

Das Gesetz wäre nicht vollständig, würde es nicht neben realitätsferner Verteilungsziele noch eine ordentliche Portion Gängelung für Unternehmer beinhalten. Firmen mit einem großen Energieverbrauch (mehr als 15 Gigawattstunden pro Jahr) werden verpflichtet, Energie- oder Umweltmanagementsysteme einzuführen und wirtschaftliche Energieeffizienzmaßnahmen in konkreten Plänen zu erfassen und zu veröffentlichen. Das erinnert stark an die Vorgaben im Rahmen des neuen **Lieferkettengesetzes**, welches ebenfalls heftig in der Kritik steht.

Die Regierung scheint dagegen ziemlich überzeugt zu sein. O-Ton aus Habecks Ministerium für Wirtschaft und Umweltschutz: „Die konkreten Einsparmaßnahmen des Energieeffizienzgesetzes ergänzen bereits bestehende Fachgesetze, wie z.B. das Gebäudeenergiegesetz, aber auch Förderprogramme und ökonomische Anreize zur Senkung des Energieverbrauchs. Dieser Instrumentenmix ist die Basis für die Erreichung der Ziele für 2030, 2040 und 2045.“

Man mag sich nicht so recht entscheiden, was man nun absurder finden soll. Das Energie-Effizienz-Gesetz oder das Gebäudeenergiegesetz. Beim einen Gesetz wird der Energieverbrauch der ganzen Wirtschaft nach oben hin festgelegt, beim anderen Gesetz wird vorgeschrieben, wie man zu **heizen** hat. Eines haben jedoch beide gemeinsam. Es sind Auswüchse einer vollkommen außer Kontrolle geratenen grünen Planwirtschaft. Eines Molochs, ausgearbeitet von Berufspolitikern und eifrigen Bürokraten in Habecks Ministerium, die jeglichen Kontakt zur wirtschaftlichen Realität verloren zu haben scheinen.

Der geplante Industriestrompreis, den auch Fuest erwähnt, kommt da noch hinzu. Dieser Höchstpreis ist ein Paradebeispiel für das, was der österreichische Ökonom Ludwig von Mises (1881-1973) die „Interventionsspirale“ getauft hat. Durch Staatseingriffe entstehen Probleme, die durch neue Staatseingriffe gelöst werden sollen, wodurch wieder neue größere Problem entstehen usw. Im Energiemarkt ist inzwischen so oft interveniert worden – schon lange vor den Russland-Sanktionen und den irren Gesetzesideen der letzten Monate – dass der Markt bis zur Unkenntlichkeit verzerrt ist. Das Ergebnis: Die höchsten Strompreise der Welt. Die Interventionsspirale in Reinform.

Eine effiziente Verteilung von Energie ist in diesem Umfeld überhaupt nicht mehr möglich, dafür sind die Preissignale viel zu stark verzerrt worden. Die geplanten Vorschriften zur Deckelung des bundesweiten Energieverbrauchs verschlimmern das Problem noch und sollten in ihrer Gesamtheit eher Energie-Ineffizienz-Gesetz genannt werden. Denn wie um alles in der Welt soll man denn gewährleisten, dass die begrenzte Energie dort landet, wo sie am effizientesten eingesetzt wird? Den Marktkräften freien Lauf zu lassen, würde zwar keine perfekten, aber viel bessere Ergebnisse liefern. „Humanprogress“ zufolge sind die weltweiten Kohlenstoffemissionen relativ zum BIP zwischen 1960 und 2014 um 41 Prozent gesunken. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Unternehmen möglichst niedrige Energiekosten anstreben – ganz ohne Staatseingriffe.

Deutscher Standort bietet keine Planungssicherheit mehr

In der **Pressemitteilung** des Wirtschaftsministeriums heißt es dann noch: „Im Sinne frühzeitiger Planungs- und Investitionssicherheit werden darüber hinaus Ziele für 2040 und 2045 aufgezeigt, die aber 2027 überprüft und ggfs. angepasst werden sollen.“

Bei einer solchen Energiepolitik von Planungssicherheit zu sprechen, ist geradezu blanker Hohn. Am Ende werden die - überwiegend mittelständischen - Unternehmer mit den Füßen abstimmen, immer weniger investieren und letztlich nach und nach das Land verlassen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit und die ist in Deutschland nicht mehr gegeben – besonders nicht im so wichtigen Energiesegment. Wir leben im energetischen Zeitalter, ohne Energie läuft nichts.

Ohne günstige Energie kann zwar produziert werden, aber nur unter hohen Kosten und entsprechend hohen Preisen für den Endkunden. Bei akut knapper Energie können manche Unternehmen gar nicht mehr produzieren. Und genau darauf läuft es auch hinaus, hat der Staat doch in Form des bis 2032 verpflichtenden Einbaus von intelligenten Stromzählern (und ganz in Einklang mit der ewigen Interventionsspirale) schon bald die passenden Instrumente an der Hand, um den Strom für einzelne Haushalte und Firmen gezielt **rationieren** oder ganz abschalten zu können.

Bei einer **internen Umfrage** des Verbands der Automobilindustrie (VDA) unter 116 Mitgliedsfirmen gaben 88 Prozent der befragten Betriebe an, dass Deutschland aus ihrer Sicht nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Eine aktuelle Umfrage des VDI (Verein deutscher Ingenieure) ergab, dass nur 9 Prozent der Befragten Deutschland bei der Entwicklung neuer Technologien als wettbewerbsfähig ansehen.

Mehrere Standortfaktoren in Deutschland seien mittlerweile negativ, so VDI-Präsident Lutz Eckstein: Die unsichere Energieversorgung und fünfmal so hohe Energiekosten im Vergleich zu konkurrierenden Wirtschaftsräumen seien das größte Problem. Aber auch Fachkräftemangel und zähe Genehmigungsprozesse würden der deutschen Wirtschaft zusetzen. Eine per Energie-Gesetz zwangsverordnete Wirtschafts-Schrumpfung wird die Attraktivität des Standort Deutschlands nicht erhöhen.

Muss es richtig knallen, bevor es besser wird?

Der Vorschriftswahn und die Energie-Unsicherheit schlagen indes auf die Volkswirtschaft durch. Formal gesehen befindet sich Deutschland nach dem zweiten Quartal im Folge mit negativem Wachstum schon in einer **Rezession**. Bundeskanzler Olaf Scholz versuchte zuletzt, Zuversicht zu verbreiten. „Die Aussichten der deutschen Wirtschaft sind sehr gut“, sagte der Kanzler. Die Bundesregierung sei gerade dabei, etwa mit dem massiven Ausbau des Ökostroms „die Kräfte der Wirtschaft zu entfesseln“.

Der Wirtschaftsanalyst und Geopolitik-Experte Folker Hellmayer kommentiert die konjunkturellen Aussichten in seinem täglichen Report deutlich realitätsnäher: „Dabei ist die Rezession weit überwiegend das Resultat der eigenen Strukturpolitik der aktuellen, aber auch der Vorgängerregierungen. Die durch die aktuelle Politik ausgelöste Verunsicherung der Bürger und Unternehmen spielt eine beachtliche Rolle, denn sie führt zu partieller Konsum- und Investitionsverweigerung.“

Der Standort Deutschland ist nachhaltig beschädigt und das lässt sich auch nicht so einfach wieder rückgängig machen. Die Ampel-Regierung hat nicht das leichteste Umfeld, aber lässt es mit hanebüchener und ideologisch-planwirtschaftlich geprägter Energie- und Wirtschaftspolitik auch wirklich darauf ankommen. Vielleicht muss es ja wirklich erst zum Desaster kommen, bevor es wieder besser wird.

xxx

Schweiz vor Deutschland! Wie lange noch?

Die Schweiz muss ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, um der deutschen Rezession entgegenzuwirken.

Stefan Brupbacher



Deutschland ist in eine Rezession gefallen. Das macht Sorge. Unser nördliches Nachbarland ist mit einem Exportanteil von 25 Prozent der wichtigste Absatzmarkt der Schweizer Tech-Industrie (MEM-Industrie sowie verwandte Technologiebranchen). Unsere Firmen spüren das bereits. 2022 war noch ein sehr gutes Jahr für unsere Branche. Aber im ersten Quartal 2023 nahm der Auftragseingang im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent ab. Insbesondere die energieintensiven Firmen sind wegen massiv marktverzerrender, industriepolitischer Massnahmen unserer Nachbarstaaten enorm unter Druck.

Die Schweizer Tech-Industrie hat sich lange besser geschlagen als befürchtet. Der erste Grund ist die globale Spitzenposition vieler der knapp 1400 Swissmem-Mitgliedfirmen. Sie stellen in Nischenmärkten führende Produkte her, auf welche die Kunden angewiesen sind und bei denen Zuverlässigkeit sowie Qualität von Produkt und Service wichtiger sind als der Preis.

Ein zweiter Grund sind die Rahmenbedingungen. Anders als Italien oder Frankreich kennt die Schweiz keine Industriepolitik. Die Tech-Industrie beschäftigt heute mehr Personen als vor zwanzig Jahren, hat gleichzeitig ihre Produktivität um 60 Prozent erhöht und trägt 7 Prozent zum BIP bei. Sie ist ein zentraler Pfeiler unserer Wirtschaft. Ähnlich war das Bild bis vor einigen Jahren in Deutschland. Und in Frankreich erfolgte eine massive Deindustrialisierung – trotz oder gerade wegen aktiver Industriepolitik.

Subventionierte Überkapazitäten

Europa und die USA befinden sich zurzeit in einem Hunderte Milliarden Euro verschlingenden Subventionswettbewerb, der Halbleiter über Wärmepumpen bis zu Energiepreisen für Industriefirmen umfasst. Intel will in Deutschland für ihre siebzehn Milliarden Euro teure Fabrik eine fabulöse Subvention von sieben Milliarden Euro. Bei Infineon kostet jeder neu geschaffene Arbeitsplatz den deutschen Steuerzahler eine Million Euro. Erfahrungsgemäss führen Subventionen zu Überkapazitäten. Müssen diese wieder abgebaut werden, droht der Verlust dieser Gelder.

Dank schlauer Pragmatik statt ideologischer Dogmatik war unser Land erfolgreich.

In der Schweiz verhindert die Schuldenbremse den Subventionswettbewerb. Das ist gut so. Wenn wie heute Subventionen und Protektionismus die Politik von Brüssel bis Washington dominieren, bleibt für

kleine, offene Volkswirtschaften wie die Schweiz nur ein Weg: besser und agiler werden. **Dazu vier Ansätze:**

1. Bildung, Arbeitsmarkt, Innovation: 70 Prozent unserer jungen Menschen steigen über die Berufslehre in die Arbeitswelt ein. Als Lehrabgänger sind sie gesuchte Fachkräfte. Gemäss unseren Umfragen braucht die Industrie auf Jahre hinaus mehr junge Frauen und Männer mit einer Ausbildung als Polymechaniker, Automatiker oder Konstrukteur. Wir müssen die Berufsbildung weiter stärken. Dazu gehört auch der neu zu schaffende Titel Professional Bachelor, damit Lehrabgänger durch Firmen mit ausländischer HR-Software nicht aussortiert werden. Zudem soll die Grundschule wieder leistungsorientierter werden – Rechnen und Schreiben muss man vor Lehrbeginn beherrschen. Investitionen in die Bildung sowie die Förderung von Forschung und Innovation brauchen Geld. Hier sind die Mittel des Bundes aber viel besser eingesetzt als mit Subventionen.

2. Diversifizierte Energiepolitik: Dank eines warmen Winters kam es in Deutschland und der Schweiz nicht zu einem Energiedesaster. Bereits in wenigen Monaten könnten wir weniger Glück haben. Deutschland hat seine AKW definitiv abgestellt und setzt auf Kohle. Noch können wir es besser machen. Wir werden unsere AKW wohl siebzig Jahre laufen lassen müssen. Und bis 2050 haben wir die Chance, grosse Solaranlagen zu bauen. Zudem sollte der Bau der fünfzehn Wasserkraftprojekte rasch erfolgen. Falls diese Projekte aber am extremen Natur- und Landschaftsschutz scheitern, ist die Rückkehr der Kernkraft notwendig. Denn wir brauchen alle klimaneutralen Produktionsformen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

3. Freihandel global und mit Europa: «Wandel durch Handel» ist trotz Erfolgen in Deutschland, Osteuropa, Südkorea, Taiwan et cetera heute für viele ein Unwort. Die unabhängige Schweiz darf sich dem «Decoupling» nicht anschliessen: Nötig sind Handelsabkommen mit Mercosur, Indien, Thailand et cetera. Noch wichtiger ist die Sicherung des bilateralen Wegs. Dafür braucht es eine Lösung bei den institutionellen Fragen. Eine pragmatische Lösung mit Europa wird unsere Unabhängigkeit sichern. Je rascher dies erfolgt, desto besser.

4. Pragmatik statt Dogmatik: Dank schlauer Pragmatik statt ideologischer Dogmatik war unser Land erfolgreich. Doch diese Tugend droht verlorenzugehen. Ein stures Festhalten an ideologisch überhöhten Begriffen hat zu unheiligen Allianzen geführt und Lösungen verhindert. Beispiele dafür sind der CS-Deal, die Neutralitätsfrage und der bilaterale Weg. Es droht Stillstand und damit der Rückfall hinter andere Länder. Es wäre schade, wenn wir unsere Rahmenbedingungen eigenverschuldet verschlechtern und so auch unsere Tech-Industrie in zehn Jahren hinter jene unserer wichtigsten Partner und Konkurrenten zurückfallen würde.

Stefan Brupbacher ist Direktor der Swissmem, dem Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.

xxx

Vorsprung Ost bei der Energiewende

Berliner Morgenpost, Thüringer Allgemeine (Erfurt), Nina Kugler, 07.06.2023

Mehr Fernwärme, weniger Altbauten: Der Osten hängt westliche Bundesländer ab

Berlin

Gegen das geplante Heizungsgesetz der Ampelkoalition regt sich seit Monaten Widerstand. Immer wieder wurden unsanierte Ein- und Zweifamilienhäuser im Harz als Beispiel angeführt, dass der Einbau einer Wärmepumpe samt Gebäudesanierung für viele Eigenheim-



besitzer finanziell nicht zu stemmen sei. Doch nun zeigt eine Studie der Deutschen EnergieAgentur (dena), dass Ostdeutschland besser durch die Wärmewende kommen könnte als der Westen. Dass ab dem Jahr 2024 voraussichtlich keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen, stieß insbesondere bei Politikern in Ostdeutschland auf deutliche Kritik. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), sagte Mitte Mai im Rahmen einer Bundesratssitzung, man stehe zum Klimaschutz und auch der Gebäudebereich müsse seinen Teil beitragen. Es gehe aber nicht ohne Akzeptanz in der Bevölkerung: „Viele Menschen machen sich Sorgen darum, dass sie später ihr eigenes Haus oder ihre eigene Wohnung im schlimmsten Fall verkaufen müssen, weil sie dann die Kosten eines Heizungswechsels nicht tragen können.“

Dass aber Immobilienbesitzer im Osten inklusive Berlin besser durch die Wärmewende kommen könnten als im Westen, deutet nun eine dena-Studie an. So ist beispielsweise der Sanierungsstand der Gebäude im Osten höher als im Westen. 27 Prozent der Gebäude in den neuen Bundesländern sind noch nicht saniert – gegenüber 37 Prozent im Westen. Neun Prozent der Altbauten im Osten sind hingegen voll saniert – und damit fast doppelt so viele wie im Westen, hier sind es lediglich fünf Prozent.

Die Fernwärmenetze sind ein Erbe der DDR

Hinzu kommt im Osten eine deutlich höhere Anzahl an Neubauten: 13 Prozent des Gebäudebestands sind hier Neubauten, im Westen sind es acht Prozent. Am meisten wird übrigens in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg neu gebaut. Der Anteil ist mit 18 beziehungsweise 19 Prozent im gesamtdeutschen Vergleich am höchsten.

Der Sanierungsstand der Gebäude ist für die Wärmewende deshalb wichtig, weil Dächer, Decken, Wände, Fenster und Türen isoliert sind. Und somit Wärmepumpen effizienter und kostengünstiger arbeiten können.

Ein neues Wohngebiet in Leipzig: 13 Prozent des Gebäudebestands im Osten sind Neubauten, im Westen sind es nur acht Prozent.

Ein weiterer Standortvorteil für Ostdeutschland

Schon jetzt sind hier deutlich mehr Gebäude an ein Fernwärmenetz angeschlossen als im Westen. Zwar ist hier, wie im Westen auch, Gas die meistgenutzte Heiztechnik (46,8 Prozent beziehungsweise 53,8 Prozent). Knapp 32 Prozent der Wohneinheiten werden aber mit Fernwärme beheizt. Im Westen sind es nur knapp zehn Prozent. Berlin hat sogar eines der größten Fernwärmenetze Europas.

Die Netze sind ein Erbe der DDR, damals wurde vor allem via Fernwärme geheizt, Gas war Mangelware. Im Osten wurden zum Teil gänzlich neue Städte, wie beispielsweise Eisenhüttenstadt, und Stadtteile wie Berlin-Hellersdorf gebaut. „Um diese Gebiete zu versorgen, wurde von vornerein die Wärmeversorgung zentral ausgelegt“, erklärt eine Sprecherin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) auf Nachfrage. „Es konnte mit dem Neubau der Wohnungen gleich die Wärmeversorgung mit angelegt werden.“

Heute wiederum gelten Fernwärmenetze als zentraler Baustein der Energiewende. Sie können schneller auf erneuerbare Energie und Abwärme – Wärmepumpen – umgestellt werden.

„Auch wenn derzeit häufig das Gegenteil behauptet wird: Der Osten hat gute technische Voraussetzungen für die Wärmewende, die Häuser sind besser saniert, das Fernwärmenetz ist stark ausgebaut“, sagt Michael Kellner, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, unserer Redaktion. Das helfe bei der Dekarbonisierung der Wärmewende.

Der Grünen-Politiker wirft aber auch ein: „Aber es gibt auch ein Problem: Die Finanzkraft, was Einkommen und Vermögen angeht, ist im Osten geringer.“

Tatsächlich: Dass allein die technischen und strukturellen Voraussetzungen die Wärmewende im Osten einfacher macht als im Westen, ist zu bezweifeln. Das Einkommens- und Vermögensniveau liegt im Osten im Schnitt unter dem westdeutschen. Die Deutsche Bundesbank teilte im April mit, dass auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung die Nettovermögen im Osten Deutschlands deutlich geringer seien als im Westen. Das Medianvermögen eines Haushalts im Osten lag 2021 bei 43.400 Euro, im Westen hingegen bei 127.900 Euro.

Und auch das jährliche Durchschnittsgehalt liegt in Ostdeutschland im Schnitt rund 12.200 Euro unter dem Lohn in Westdeutschland. Das geht aus einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr hervor. Westdeutsche verdienten demnach 2021 im

produzierenden Gewerbe und bei Dienstleistungen 55.797 Euro. Ostdeutsche bekamen im Schnitt lediglich 43.624 Euro. Das entspricht einem Gehaltsunterschied von mehr als 12.000 Euro im Jahr. Geld, das am Ende im Osten für die Wärmewende fehlt? Kellner sagt, er wolle sich deshalb „für eine sozial ausgewogene Förderung“ einsetzen. Diese könnte so aussehen, dass nicht alle pauschal dieselbe Förderung beim Heizungstausch bekämen, sondern diese ans Einkommen gekoppelt sei. Sprich: Geringverdiener könnten mehr bekommen. Doch die Ampel ist uneins über die Ausgestaltung der Förderung. Nach Plänen der Grünen sollen einkommensschwache Haushalte sogar bis zu 80 Prozent Förderung erhalten können. Ob dieses Vorhaben aber so kommt, liegt vor allem an der FDP. Sie will bisher alle Haushalte unabhängig vom Einkommen gleich entlasten. Für viele Ostdeutsche könnte so die Wärmewende trotz struktureller Vorteile zu einem Problem werden.

xxx

Nach dem Wärmepumpendesaster kommt der Dämmhammer

KlimaNachrichten, Fritz Vahrenholt, 06.06.2023

Am 9. März 2023 war für Robert Habeck die Welt noch in Ordnung. Sein Staatssekretär hieß noch Graichen und der Zorn der Bürger über die Übergriffe des Ministers in deutsche Heizungskeller war noch nicht spürbar. Damals kündigte er schon den zweiten Angriff auf die deutschen Heime und Häuser an. In seinem Werkstattbericht [“Wohlstand klimaneutral erneuern”](#) kündigte er an, dass [“die EU-Gebäuderichtlinie, insbesondere die dort enthaltenen Mindesteffizienzstandards zügig umgesetzt werden”](#). Worum geht es dabei? Das Europäische Parlament hat mit Mehrheit beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2030 sämtliche Gebäude die Gesamtenergieeffizienzklasse E und ab 2033 die Effizienzklasse D erreichen müssen.

Damit besteht eine [Sanierungspflicht von 6 Millionen Häusern](#) bis 2033 in Deutschland, wie der Europaabgeordnete Pieper (CDU) berichtete. “Die Ersparnisse bei den Energierechnungen kompensieren die Sanierungskosten nicht annähernd”, stellt [Axel Gedaschko fest](#), Präsident des Bundesverbandes der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW): “Die fälligen Investitionen würden sich auf jährlich mindestens 125 Milliarden Euro belaufen.” Eines ist unabweisbar: damit würde Wohnen ein weiteres Mal erheblich verteuert, aber auch Investitionen in neue Wohnungen unwirtschaftlicher.

Man fragt sich wirklich, was die handelnden politischen Kräfte bewegt: in einer eklatanten Energiepreiskrise, in einer dramatischen Wohnungsknappheit bei anhaltend hohem ungesteuertem Zuwanderungsdruck Wohnungseigentum unter dem Banner des Klimaschutzes massiv zu verteuern – das kann man nur mit einer unglaublich weiten Distanz zu den Problemen der Bürgern des eigenen Landes erklären.

Habeck und die EU nehmen nicht einmal zur Kenntnis, dass Deutschland einen der besten Energieeffizienzstandards des Wohnungsbestandes in Europa hat. Aber die Standards sind unterschiedlich. Was in Deutschland einem Effizienzstandard G entspricht, ist in den Niederlanden ein C und in Frankreich noch ein D. Deutschland müsste also mehr tun als andere Länder, obwohl es den besseren Standard hat. Aber deutsches CO₂ – das haben wir mittlerweile gelernt – ist aus grüner Sicht viel schlimmer als das CO₂ aus anderen Ländern, sei es aus Niederlanden oder aus China.

Die Begründung, den CO₂-Ausstoss von Wohnungen durch drastische Verbote und Gebote zu regeln, kommt von grüner Seite mit folgendem scheinheiligem Argument: man wolle die Verbraucher durch Dämmung- und Wärmepumpenvorschriften schützen, da die CO₂ Preise stark ansteigen werden. (Der CO₂-Preis ist Politik-gemacht !!) Kosten von 16 000 € für eine Gasheizung eines 4-Personen-Haushalts werden durch die [grüne Bundestagsfraktion](#) an die Wand gemalt. Tatsächlich plant die EU einen CO₂-Emissionshandel auch für Gebäude und Verkehr ab 2027. Allerdings hat die EU Vorkehrungen getroffen, dass die Abgabe nicht über 45 € pro t CO₂ steigen wird. Bislang gibt es nur in einzelnen Ländern eigene CO₂-Abgaben für Gebäude und Verkehr, darunter Deutschland und Österreich. Die CO₂-Abgabe ist zur Zeit auf 30 € begrenzt und soll bis 2025 auf 45€/tCO₂ ansteigen. Kaum vorstellbar, dass Deutschland seinen Bürgern in Zukunft mehr abverlangen will, als die europäische Norm für 2027 vorschreibt. Die Abgabe belastet [Erdgas zur Zeit mit 0.54 €/kWh](#).

Das werden dann langfristig eher 0,8 €/kWh sein – ärgerlich genug, aber nicht einmal eine Zusatzbelastung von 10 % des heutigen Gaspreises. Kein Grund also die Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen und mit Gasrechnungen von 16 000 € pro Jahr zu drohen, zumal der CO₂-Preis in der Hand der Bundesregierung liegt. Wie nennt man eine solche politische Kommunikation? Scheinheilig? Oder besser hinterhältig? Ich habe jedenfalls in den den vergangenen Wochen einen funkelneuen Gas-Brennwertkessel für mein Haus bestellt und vermeide damit mehr CO₂ im Winter als die CO₂-belastete Wärmepumpe des Robert Habeck.

Das bestgehütete Geheimnis von RWE

In meinem letzten newsletter schrieb ich über die Tatsache, dass mit einem Bruchteil der Kosten, die die Bürger für das Wärmepumpendesaster des Robert Habeck zu zahlen haben, ein Vielfaches an CO₂ durch eine CO₂-Abscheidung bei den noch bestehenden Braunkohlekraftwerken erreichbar wäre. Mit einem zwanzigstel der Kosten würde fünfmal soviel CO₂ vermieden. Ich schrieb über das Wunder von Hohenmölsen, wo mir von einem Vertreter der LEAG mitgeteilt wurde, dass die CO₂-Abscheidungsanlage in Schwarze Pumpe noch steht.

Nun bekam ich erneut Post – von einem Mitarbeiter von RWE. Ob ich vergessen hätte, dass RWE seit der Zeit von Jürgen Grossmann im Jahre 2009 (ich war damals sein Geschäftsführer für Erneuerbare Energien) eine voll funktionsfähige Pilotanlage zur Abscheidung von CO₂ in einem Teilstrom des Braunkohlekraftwerks in Niederaussem betreibt. Und sie laufe immer noch erfolgreich. Offen gestanden, ich hatte das verdrängt. Denn der Vorstandsvorsitzende Dr. Markus Krebber hatte mit großem Brimborium Herrn Minister Habeck ohne Not vertraglich zugesichert, die Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier bereits im Jahre 2030 abzustellen. Jeder Vorstandsvorsitzende hätte doch die Möglichkeit genutzt, auf die phantastische Entwicklung von RWE, BASF und Linde hinzuweisen, die CO₂-Neutralität bei Kohlekraftwerken ermöglicht, oder ? Der ex-Kollege von RWE schickte mir das eindrucksvolle Bild der Anlage. (BASF)

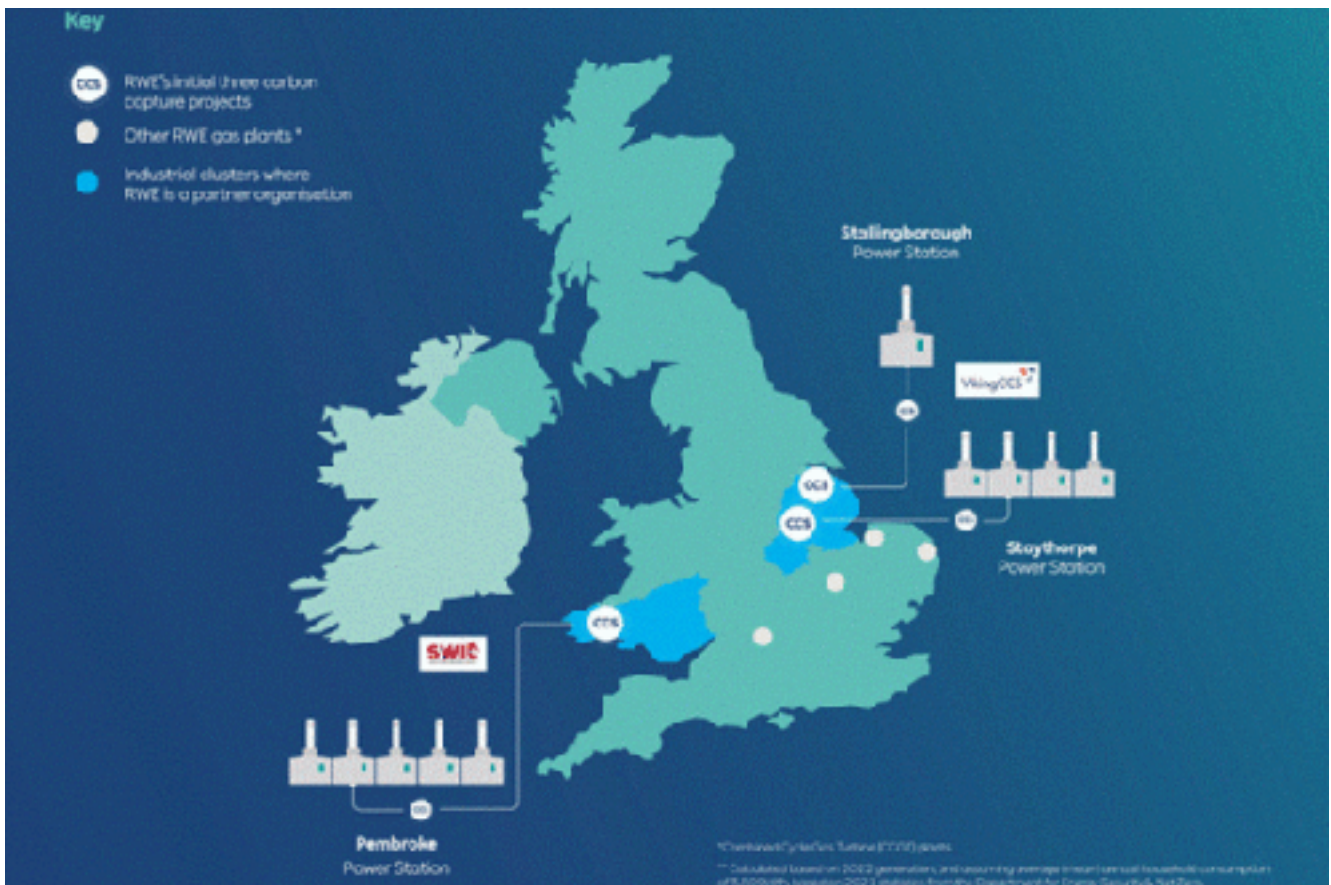


RWE plant CO₂-Abscheidung – aber nicht in Deutschland

Die Entwicklung von RWE, BASF und Linde ist mittlerweile als Stand der Technik anzusehen : [Die Abscheidung von über 90 % des CO₂ aus einem Teilstrom des Abgases ist auf Dauer nachgewiesen](#), die Kosten belaufen sich auf sagenhafte 30 €/t CO₂ (P.Moser, G Wiechers, S.Schmidt, K.Stahl,G.Vorberg,T Stoffregen, VGB Powertech 1/2 , 2018, S43). Der Wirkungs-

gradverlust beträgt weniger als 10 % (d.h. anstatt 43 % Wirkungsgrad : 39 %). Niederaussem soll also in 2030 einschl. der Abscheideanlage stillgelegt werden. Die Technik könnte die Emission und die CO₂-Kosten von Braunkohlestrom massiv reduzieren (30 €/t CO₂ anstatt 100 €/t CO₂ Zertifikate), selbst wenn für die Verpressung noch 50 €/tCO₂ anzusetzen wären. Das abgeschiedene CO₂ aus Niederaussem ist übrigens so rein, dass es in der Getränkeindustrie für Sprudelflaschen eingesetzt wird. Die Technik der OASE-Aminwäsche von BASF in Niederaussem hat das Zeug, weltweit die führende Abscheidetechnologie zur Lösung des CO₂-Problems – auch bei Kohlekraftwerken – zu werden. Und selbst RWE will es zur Anwendung bringen – aber nur in England für die dortigen Gaskraftwerke des Konzerns. [“CCS-Projekte könnten in Zukunft Stromerzeugungskapazitäten von bis zu 4,7 Gigawatt sichern und pro Jahr 11 Mio. t CO₂- Emissionen vermeiden”](#) heisst es stolz auf der Web-Seite von RWE. Es geht um die Gaskraftwerke Pembroke, Wales und Staythorpe. RWE spricht von [“grünen Gaskraftwerksprojekten”](#). (Bildquellen: BASF bzw. RWE)

Auch in den Niederlanden möchte RWE CCS einsetzen. Dort will man laut Pressemitteilung Biomassekraftwerke mit der OASE-CCS Technologie betreiben, [so dass es sogar zu negativen CO₂-Emissionen kommt](#). Tatsächlich sind aber die in Rede stehenden Kraftwerke in [Eemshaven](#) und [Amer](#) bislang gemischte Kohle- und Biomassekraftwerke. Aber auch E.ON setzt auf CCS. Das Unternehmen ist unlängst beim norwegischen Unternehmen Horisont Energie eingestiegen, um eine Führungsrolle beim Thema CCS zu übernehmen, wie [E.ON Chef Leo Birnbaum](#) erklärte.



Ausser den Regionalzeitungen wie Westfälische Rundschau oder Westfalenpost gab es über diese sensationelle Entwicklung keine Berichterstattung in FAZ, Spiegel, SZ, ARD oder ZDF. Es ist nicht interessant für die Mainstream-Medien. Unsere Medienlandschaft ist fürchterlich parteigrün.

Aber es gibt noch bessere Nachrichten : Die Zementproduktion in [Lengfurt von Heidelberg-Zement](#) soll mit einer CO₂-Abscheide-Anlage auf Basis der OASE- Technologie ausgerüstet werden. 70 000 t CO₂ sollen dort abgetrennt und gereinigt werden und wie die Abgase von Niederaussem in der Getränkeindustrie für kohlenstoffhaltige Getränke verkauft werden.

Wer sagt es Olaf Scholz, Herrn Ministerpräsidenten Wüst und den ostdeutschen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt ?

Die Prognose des Al Gore – das arktische Meereis verschwindet

Ein gute Nachricht zuletzt. Im Jahre 2007 prognostizierte AL Gore , dass im Jahre 2015 das arktische Meereis im Sommerminimum verschwunden sein wird (dicke blaue Gerade). Das Meereis hielt sich nicht daran. Seit 2007 ist es überraschend stabil. Man könnte von 2007 bis 2023 eine waagerechte Gerade ziehen. Auch das antarktische Meereis ist stabil. [Es ist seit 1979 in der Fläche sogar leicht angestiegen.](#)

xxx

Warum die AfD im Aufwind ist

Zuwanderung und Migrationspolitik spielen bei ihren Wählern eine Schlüsselrolle.
Thilo Sarrazin



Grundsätzlich habe ich Sympathien für eine konservative Partei, die fest in der Demokratie verankert ist, aber Fragen von Identität und Tradition wichtig nimmt und sich deshalb auch gegenüber unregelter Einwanderung kritisch verhält. Wäre ich Schweizer Staatsbürger, so würde für mich die SVP jederzeit zu den wählbaren Parteien gehören.

Gründung und Aufstieg der AfD in Deutschland hatte ich zunächst mit Hoffnungen verbunden. Unter der Parteivorsitzenden Angela Merkel gelang es nämlich der Union immer weniger, auch das konservative Potenzial der Wählerschaft ausreichend anzusprechen, auch die SPD entfremdete sich immer mehr vom wertkonservativen Teil ihrer Wählerschaft.

Leider hat sich die innere Entwicklung der AfD seit ihrer Gründung von den Intentionen der Gründergeneration deutlich entfernt. Auf mich wirkte in den letzten Jahren besonders der Flirt mit Impfskeptikern, Corona-Leugnern und Putin-Verstehern befremdlich bis abstossend. Auch ist es aus meiner Sicht gefährlich, wenn man demokratische Prozeduren und Institutionen generell verächtlich macht.

Der etablierten Politik stehen ihre Ideenlosigkeit und ihre Angst vor Entscheidungen im Weg.

Trotz diesen problematischen Aspekten hat die AfD seit der Bundestagswahl im September 2021, bei der sie mit 10,3 Prozent abschnitt, in den Umfragen einen stetigen Aufstieg genommen. Man muss dabei im Hinterkopf behalten, dass rund 25 Prozent der Wähler sich grundsätzlich vorstellen könnten, AfD zu wählen. Bei den Motiven der AfD-Wähler spielen Klimapolitik und Wirtschaftslage eine wesentliche Rolle. Weit an der Spitze steht aber für 68 Prozent der AfD-Wähler die Unzufriedenheit mit der Zuwanderung und der Migrationspolitik, und hier ist auch die eigentlich offene Flanke der etablierten Politik in Deutschland:

Die grün-rot-gelbe Klima- und Energiepolitik mag falsch sein, aber sie folgt immerhin einem Konzept, und dem Ärger über radikale Heizungspläne kann man durch volksnahe Kompromisse leicht die Spitze nehmen. (PS: Hier dürfte Herr Sarrazin irren, wie die politische Realität zeigt.) In der Migrations- und Zuwanderungsfrage stehen dagegen der etablierten Politik ihre eigene Ideenlosigkeit, ihre Verdrängung der Wirklichkeit und ihre Angst vor Entscheidungen im Weg. Dabei sitzt leider die CDU/CSU als grösste Oppositionspartei aufgrund ihrer Ängstlichkeit und Konzeptionslosigkeit mit im Regierungsboot. Deshalb ist sie auch bei allen Umfragen im 30-Prozent-Turm eingesperrt. Die Linkspartei wiederum ist durch Sahra Wagenknecht, die in Migrationsfragen eher AfD-Positionen vertritt, so tief gespalten, dass sie gegenwärtig wohl nicht mehr in den Bundestag käme.

Der SPD hat es bei der Wählerzustimmung offenbar nicht geholfen, dass sie sich im Sommer 2020 vom Migrations- und Islamkritiker Thilo Sarrazin getrennt hat. Ich hatte immerhin ein Konzept. Die Fragen, die ich ansprach, und die Vorschläge, die ich machte, werden bis heute in der etablierten Politik nicht diskutiert. Aber sie werden allesamt auf den Tisch kommen, wenn mit einer Reform der Asyl- und Migrationspolitik wirklich ernst gemacht wird.

Das geht nur mit einer in der Europäischen Union abgestimmten Politik, die unerwünschte und unregelmässige Zuwanderung wirksam beschränkt und die Gewährung von Asyl nur noch für das klassische politische Asyl zulässt. Dabei sind viele schwierige Fragen zu lösen, zum Beispiel, wie man illegale Einwanderer, denen kein Asylanspruch zuerkannt wurde, wieder in ihre Herkunftsländer zurückführen kann, beziehungsweise wie man verhindern kann, dass sie überhaupt erst einreisen.

In allen ostdeutschen Ländern ist die AfD mittlerweile die stärkste oder zweitstärkste Partei. Deshalb ist es kein Zufall, dass der sächsische Ministerpräsident Reinhold Kretschmer (CDU) jüngst gefordert hat, Deutschland solle die Einreise von Asylbewerbern künftig auf 200 000 jährlich begrenzen. Massnahmen, die in diese Richtung führen, hat er nicht vorgeschlagen. Dazu möchte er eine Kommission einrichten, deren Mandat auch Vorschläge zu Gesetzesänderungen einschliesslich einer Änderung des Grundgesetzes umfassen sollte. Eigene Vorschläge hat der sächsische Ministerpräsident also nicht. Er folgt der alten Regel: «Wenn ich nicht mehr weiter weiss, gründ' ich einen Arbeitskreis.» Das wird weder in der Sache noch politisch reichen. Weiterhin wartet Deutschland in der Migrationspolitik auf handlungsstarke Politiker, die ein realistisches Konzept haben und dieses auch durchsetzen.

xxx

Hohe Kunst des Herbeischreibens

Wenn die Realität nicht will, wie sie soll, dann muss man sie in den Medien halt herbeischreiben.

Kurt W. Zimmermann



Der *Blick* wusste es schon im März: «Kiew bereitet sich auf eine Grossoffensive im Frühjahr vor.» Ähnlich exakt informierte *20 Minuten* schon im April: «Die ukrainische Grossoffensive» sei «kurz vor dem Start».

Auch ausserhalb der Boulevardblätter sagten unsere Journalisten das kommende Kriegsgeschehen früh und präzise voraus. «Die Vorbereitungen zur Frühjahrsoffensive», so berichteten *Aargauer Zeitung* und *St. Galler Tagblatt*, seien «in der Endphase». «10 vor 10» rapportierte von der Ostfront, es werde nun «die ukrainische Offensive erwartet». Und auch der *Tages-Anzeiger* gab Einblick ins aktuelle Geschehen: «Wie die Ukraine ihre Offensive vorbereitet.»

Es gab nur ein einziges störendes Detail im einstimmigen Kriegsgesang der Medien: Es gab in diesem Frühjahr keine ukrainische Grossoffensive.

Wir sind damit bei einem Thema, bei dem der Mainstream der vereinigten Medien jeweils besonders schön sichtbar wird. Es geht um das «Herbeischreiben».

Herbeischreiben bedeutet, dass der Chor der Journalisten eine Möglichkeit derart fortwährend und intensiv besingt, bis sich diese Möglichkeit in der öffentlichen Wahrnehmung in eine Wirklichkeit verwandelt.

Kollektives Herbeischreiben gehört im Journalismus zum Alltagsgeschäft. Wenn wir die letzten paar Monate überblicken, dann können wir eine ganze Reihe von Beispielen anführen.

Herbeigeschrieben wurden etwa ein Ende der Neutralität, ein explodierender Mietpreis und eine Bedrohung der Zivilisation durch künstliche Intelligenz, genauso herbeigeschrieben wurden eine Unterdrückung von Transsexuellen, ein Kollaps der Stromversorgung und ein Zusammenbruch des Finanzplatzes Schweiz.

Ideal ist eine Ausgangslage, in der es keine erhärteten Wahrheiten gibt.

Nun ist die Mechanik des Herbeischreibens aber ziemlich komplex. Die journalistische Verwandlung einer Hypothese in eine Realität gelingt nur dann, wenn die Politik diese Verwandlung auch glaubt und entsprechend agiert.

Darum hat es für die Ukraine mit der Grossoffensive im Frühjahr nicht geklappt. Offenbar liest Wolodymyr Selenskyj keine Schweizer Zeitungen und schaut kein Schweizer Fernsehen. Sonst wüsste er, wie er seine Truppen einzusetzen hätte, nämlich so, wie die Schreibtischstrategen der helvetischen Publizistik es ihm nahegelegt haben.

Das Herbeischreiben gelingt nur dann, wenn die Entscheidungsträger von den Prognosen der Medien derart beeindruckt sind, dass sie in unbegründeten Aktionismus verfallen.

Es gab eine Menge von erfolgreich herbeigeschriebenen Kampagnen in der Vergangenheit. Da waren, als ein paar Beispiele unter vielen, zuerst etwa das fiktive Waldsterben, das die Landschaft verwüstete, da war die scheinbare Vogelgrippe, die das Ende der Menschheit bedeutete, da waren die erfundenen Atomtoten von Fukushima, und da waren zuletzt bei Corona die imaginären Todesschwadronen der Ungeimpften und ganz zuletzt bei der Energieversorgung die eingebildeten Blackouts quer durch Europa.

In allen Fällen reagierten Regierungen und Parlamente auf die herbeigeschriebene Bedrohungslage mit hysterischen Massnahmen und Gesetzen, die sich hinterher als völlig übertrieben erwiesen. Die Journalisten aber feierten die Politik enthusiastisch dafür, dass sie auf ihren Alarmismus so massiv reagierte.

Ideal für die Kunst des Herbeischreibens ist eine Ausgangslage, in der es keine erhärteten Wahrheiten gibt. Wenn keiner weiss, was die Zukunft bringt, dann sind im medialen Gesangsverein Wahn und Wirklichkeit nicht mehr auseinanderzuhalten. Nirgendwo ist diese Konstellation besser ausgelegt als beim Sujet des Klimawandels.

Der Klimawandel ist das Wunderland des allzeit bereiten Herbeischreibens. Gibt es in der Schweiz mal eine Trockenheit, ist das «Folge des Klimawandels» (*Aargauer Zeitung*). Gibt es in der Schweiz hingegen mal eine Überschwemmung, ist das «Folge des Klimawandels» (*Berner Zeitung*). Wachsen in Basel mehr Heuschrecken heran, ist das «Folge des Klimawandels» (Schweizer Radio). Wachsen in Basel hingegen weniger Buchen heran, ist das «Folge des Klimawandels» (*Basler Zeitung*).

Man kann hier alles herbeischreiben, wenn man denn will. Als es etwa Anfang des Jahres in Südkorea, Japan und China so klirrend kalt war wie noch nie in der Geschichte, über fünfzig Grad minus, da war für den *Blick* klar, was da los war: «Folge des Klimawandels».

Russophobe Propaganda verdreht die Realität in den Köpfen der Amerikaner

Von Scott Ritter, 04.06.2023

Der Ex-Geheimdienstoffizier des US Marine Corps und Autor von "Abrüstung in der Zeit der Perestroika: Rüstungskontrolle und das Ende der Sowjetunion", Scott Ritter, begab sich mit seiner Tochter auf eine einmonatige Rundreise durch Russland. Für beide war dies eine augenöffnende Erfahrung, ebenso wie die Feindseligkeit, die sie zu Hause erwartete.

Ende April verließen meine Tochter Victoria und ich den JFK-Flughafen in New York und begaben uns in die sibirische Stadt Nowosibirsk, das erste Ziel einer 26-tägigen Russlandreise, die uns durch zwölf Städte führen sollte.

Während der offizielle Zweck des Besuchs geschäftlicher Natur war (ich wollte für mein Buch "[Abrüstungsrennen](#)" werben, das in russischer Sprache vom Verlag "Komsomolskaja Prawda" veröffentlicht wurde), bestand der inoffizielle – und für mich wichtigste – Zweck des Besuchs darin, das heutige Russland besser zu verstehen. Dazu wollte ich tiefer in die russische Geschichte eindringen, die Kultur besser verstehen und dabei versuchen, die "russische Seele" so genau wie möglich zu erfassen.

Aus meiner Sicht wurden beide Ziele erreicht. Ich bin geneigt zu glauben, dass *Komsomolskaja Prawda* mit den Ergebnissen der Tournee zufrieden war, die ein positives Medienecho hervorrief, zu gut besuchten Veranstaltungen im Rathausstil (alle Teilnehmer werden beteiligt – Anm. d. Übersetzers) mit lebhaften Frage-und-Antwort-Runden führte und Berichten zufolge dazu beitrug, dass die erste Auflage von 10.000 Büchern innerhalb weniger Tage ausverkauft war.

Durch den regen Austausch mit Russen aus allen Gesellschaftsschichten gewann ich einen tieferen Einblick in die Komplexität dessen, was das moderne Russland im Jahr 2023 ausmacht. Allerdings erfordert eine Definition der russischen Seele – wenn sie überhaupt möglich ist – eine eingehendere Betrachtung der Fülle von Daten und Erfahrungen, die ich auf dieser Reise gesammelt habe, als dies in einigen Tagen möglich ist, und das würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Ich ließ mich auf dieses Abenteuer ein, wohl wissend, dass es in Amerika eine Informationspandemie gibt, die als Russophobie bekannt ist. Ich habe immer geglaubt, dass ich eine realistische Vorstellung der Herausforderungen hätte, die ich bei dem Versuch, meine russischen Erfahrungen in einen faktenbasierten Impfstoff gegen diese Krankheit des amerikanischen Geistes umzuwandeln, zu bewältigen habe. Das Ausmaß der Hindernisse, die wir nach meiner Vorstellung zu überwinden hätten, verblasste jedoch im Vergleich zu der Realität, die im wahrsten Sinne des Wortes ins Schwarze traf, als ich auf dem Heimweg aus dem Flugzeug stieg und Victoria und ich beide an der Passkontrolle zu einem stundenlangen Verhör durch Ermittler des Zolls und des Grenzschutzes herausgezogen wurden, die auf Reisende aus bestimmten Ländern wie Russland spezialisiert sind.

Zunächst möchte ich anmerken, dass meine Tochter und ich professionell und zuvorkommend behandelt wurden. Ich verstehe die politische Realität unserer Zeit und die gefühlte Notwendigkeit, US-Bürger zu befragen, die nach Russland reisen, während die Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen auf einem historischen Tiefpunkt sind. Meine Bedenken beziehen sich nicht auf die Durchführung des Verhörs, sondern auf den Inhalt der grundlegenden Informationen, auf die sich die mir gestellten Fragen stützten.

Wie der Beamte der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (ZGS) zugab, hatte er nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine im Februar 2022 Hunderte Russen befragt. Das Bild, das er von Russland hatte, beruhte einzig und allein auf der Perspektive politischer Dissidenten, die ein Hühnchen mit Präsident Wladimir Putin zu rupfen hatten. Das Bild, das diese Menschen von Russland zeichneten, ist für die ZGS zum Evangelium geworden und hat die Gesamteinschätzung der US-Regierung stark beein-

flusst, da diese Befragungsergebnisse eine wichtige Quelle für die primären Informationen darstellen, die von den nationalen Sicherheitsanalysten der amerikanischen Geheimdienste verwendet werden.

Kurz gesagt, mein Verhör wurde schnell zu einer Debatte zwischen mir auf der einen und einer Kombination aus Alexei Nawalny (dem inhaftierten russischen Oppositionellen, den die meisten russischen Dissidenten dem Beamten zufolge unterstützen) und der ukrainischen Regierung auf der anderen Seite. Praktisch jede meiner Äußerungen wurde sofort als "prorussische Propaganda" bezeichnet. Ich versuchte, dem ZGS-Beamten die Realität des heutigen Russlands vor Augen zu führen, insbesondere was die große Unterstützung und die unterschwellige Kritik an der russischen Regierung im Zusammenhang mit der Militäraktion in der Ukraine betrifft. Letztlich wurden meine Argumente und die Fakten, auf die sie sich stützten, dennoch als "Kreml-Parolen" eingestuft, so sehr ich mich auch bemühte. Ich verließ das Verhör mit einer neuen Erkenntnis darüber, wie tief in der intellektuellen DNA der offiziellen US-Regierung die Nawalny- und Ukraine-Narrative verwurzelt sind und wie schwierig es sein wird, sie auszumerzen.

Ich hatte einen Funken Hoffnung, dass ich in der Lage sein würde, mit einigen Teilen der Mainstream-Medien auf verantwortungsvolle Weise über meinen Besuch und meine Erlebnisse zu sprechen und so dazu beizutragen, der offiziellen US-Linie zu Russland etwas entgegenzusetzen. Als ich von einem lokalen Kolumnisten der großen Regionalzeitung kontaktiert wurde, rief ich ihn zurück, in der Hoffnung, dass er daran interessiert wäre, etwas zu schreiben, das den Inhalt und den Ton meiner Reise genau wiedergibt.

Ich nenne weder die Zeitung noch den Kolumnisten, weil ich einfach nicht weiß, ob es einen Artikel geben wird oder welchen Inhalt er haben wird. Was ich jedoch weiß, ist Folgendes: Er kannte viele der Interviews, die ich während meines Aufenthalts in Russland gegeben hatte (sie wurden in den sozialen Medien der USA [veröffentlicht](#)), und wäre daher ausreichend befähigt, relevante Fragen zu stellen.

Stattdessen versuchte der Kolumnist, Aussagen, die ich während dieser Interviews gemacht habe, ohne jeglichen sachlichen Zusammenhang herauszupicken, um mich als prorussischen Lakaien darzustellen. Und als ich mich wehrte, griff er auf die uralte Taktik zurück, eine frühere strafrechtliche Verurteilung heranzuziehen, um mich und damit auch meine Reise zu definieren. Das ist offenbar das, was heute in Amerika als Journalismus durchgeht.

Ich hoffe, dass die Ereignisse mich eines Besseren belehren, aber dies ist nicht mein erstes Medien-Rodeo – ich weiß, wie das Spiel gespielt wird und wie sich die Akteure verhalten. Leider hat sich jede Hoffnung, die ich auf die Unterstützung der lokalen, regionalen und nationalen Mainstream-Medien gesetzt habe, um meine russischen Erfahrungen, Einsichten und Analysen korrekt und fair zu verbreiten, offenbar als unangebracht herausgestellt. Die Mainstream-Medien werden weiterhin das tun, was sie schon seit vielen Jahren tun – gedankenlos das offizielle Narrativ wiederholen und jeden untergraben, der es wagt, dieses infrage zu stellen.

Nach meiner Rückkehr nach Hause konnte ich auf mein E-Mail-Konto zugreifen, was mir in Russland nicht möglich war, und stieß sofort auf eine interne Diskussion unter Leuten, die ich respektiere und die einen ähnlichen beruflichen Hintergrund und ähnliche Antikriegsneigungen haben. Sie drehte sich um die Frage, ob Russland, und insbesondere Putin, mehr hätte tun können, um einen Krieg in der Ukraine zu vermeiden. Einige in dieser Gruppe bestanden darauf, dass Putin keine andere Wahl hatte, als zu handeln, während andere argumentierten, dass es immer andere Möglichkeiten als einen Krieg gegeben hätte, die man hätte verfolgen können.

Was mir an dieser Debatte auffiel, war die Tatsache, dass die zugrundeliegende Analyse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus amerikanischer Sicht durchgeführt wurde, mit wenig oder gar keiner Rücksicht darauf, was in Russland politisch möglich gewesen wäre oder was die sachliche Grundlage der diskutierten Probleme war. Die Spiegelung amerikanischer Perspektiven auf die russische Realität führte zur Schaffung einer Gegenerzählung, die ebenso grundlegend fehlerhaft wie faktisch fragwürdig ist. Denjenigen, die argumentierten, dass Putin den Krieg hätte vermeiden können, fehlte es an

jeglichem Bezug zur russischen Realität oder zu den Fakten des Falles.

Die fehlende Einsicht in die Funktionsweise Russlands schuf künstliche Erwartungen an das russische Verhalten, die, wenn sie nicht erfüllt wurden, bei den Teilnehmern Ängste über die unverantwortlichen Handlungen Putins und seiner Regierung schürten, die wiederum dazu beitrugen, ein allgemeines antirussisches Narrativ zu nähren. Wie diese Debatte unterstrich, schafften Russophobie und eine allgemeine Unkenntnis der russischen Realität selbst bei wohlmeinenden Menschen, die dem Land gegenüber aufgeschlossen sind, vorgefasste intellektuelle Hindernisse, die nur schwer zu überwinden sind.

Das Nebenprodukt eines solchen, grundlegend fehlerhaften Ansatzes zum Verständnis Russlands ist die hasserfüllte Rhetorik von Funktionären wie des republikanischen Senators Lindsey Graham aus South Carolina, eines lebenslangen Russenhassers, der davon schwärmte, dass die zur Finanzierung der Militärhilfe für Kiew verwendeten US-Steuererlöse "das beste Geld sind, das wir je ausgegeben haben", und sich hämisch darüber äußerte, dass "Russen in diesem Krieg sterben". Unter normalen Umständen würden die meisten Amerikaner eine solche blutrünstige Rhetorik offen als unreflektiert bezüglich unserer Werte ablehnen. Die Russophobie ist jedoch eine Geisteskrankheit, deren Symptom die Beendigung des rationalen Denkens ist.

Ich habe eine Menge Arbeit vor mir. Obwohl mich die Herausforderungen, die sich sofort nach meiner Rückkehr zeigten, entmutigen, bin ich optimistisch, dass ich erfolgreich sein werde. Die Eindrücke, die ich auf meiner Reise durch Russland gewonnen habe, und vor allem der Enthusiasmus der Menschen, die mir diese Erfahrung ermöglicht haben, geben mir Kraft und Auftrieb. Beflügelt werde ich auch durch die Unterstützung in der Welt der sozialen Medien, wo Ideen, die das offizielle Narrativ anzweifeln, frei ausgetauscht werden und eine Dynamik erzeugen, die das Potenzial hat, die Gedanken und Einstellungen einer beträchtlichen Anzahl meiner amerikanischen Mitbürger zu beeinflussen.

Das bestimmende Thema meines Besuchs in Russland und der sich daraus ergebenden Bildungs- und Bewusstseinsreise ist "Der Kampf für den Frieden". Bei der Auswahl dieses Themas wurde davon ausgegangen, dass die damit verbundenen Prozesse unvermeidliche Konflikte ideologischer Natur beinhalten. Um sich durchzusetzen, müssen die an dieser Kampagne Beteiligten alle möglichen faktenbasierten Argumente aufbringen, um der von der Regierung unterstützten Mainstream-Darstellung etwas entgegenzusetzen. Diese Art von Aktivitäten kann nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern muss vielmehr auf der uralten Maxime "Kenne deinen Feind" beruhen.

Anstatt mich von der Realität der ZGS-Befragung, der vorgefassten Meinung amerikanischer Reporter oder dem Fehlen eines brauchbaren russischen Kontextes in den relevanten Debatten und Diskussionen über das Land, die in den USA stattfinden, entmutigen zu lassen, fühle ich mich durch die Tatsache gestärkt, dass ich dem Feind schon früh in diesem Kampf begegnet bin, mich mit seinem Modus Operandi vertraut gemacht habe und daher in der Lage sein werde, die entsprechenden Anpassungen in Strategie und Taktik vorzunehmen, die notwendig sind, um sich durchzusetzen.

Der Krieg gegen die Russophobie wird nie einfach sein, aber um der Zukunft Amerikas, Russlands und der übrigen Welt willen, muss er gewonnen werden. "Der Kampf für den Frieden" ist keine beiläufige Angelegenheit, sondern ein Ringen von existenziellem Ausmaß.

Wir werden gewinnen, und sei es nur aus dem Grund, dass eine Niederlage keine Option ist.

Aus dem [Englischen](#).

Scott Ritter ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps und Autor von "Abrüstung in der Zeit der Perestroika: Rüstungskontrolle und das Ende der Sowjetunion". Er diente in der Sowjetunion als Inspektor zur Umsetzung des INF-Vertrags und im Stab von General Schwarzkopf während des Golfkriegs und von 1991 bis 1998 als UN-Waffeninspektor.

Kosovo, Wiege Serbiens

Die Regierung in Pristina unterdrückt die serbische Minderheit und kann dabei auf die Unterstützung des Westens zählen. Leider kennt kaum jemand die Hintergründe des Konflikts. Hier erzähle ich die Geschichte meines Landes.

Predrag J. Markovic



Belgrad

In den letzten Maitagen stürmten Spezialeinheiten der kosovarischen Polizei Rathäuser im fast ausschliesslich von Serben bewohnten Nordkosovo. Kosovarische Polizisten versuchten, unrechtmässig gewählte Bürgermeister und andere lokale Würdenträger ins Amt zu setzen. Unrechtmässig deshalb, weil sich die örtlichen Serben, die sich von den albanischen Behörden in Pristina diskriminiert fühlten, nicht nur weigerten, an den Kommunalwahlen teilzunehmen, sondern auch an allen Aktivitäten der kosovarischen Verwaltung.

Die Albaner schufen ein paralleles System von Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen.

Dennoch wurden die Wahlen abgehalten, und nur wenige Menschen stimmten für die neue Verwaltung nördlich des Flusses Ibar. Die internationale Gemeinschaft forderte beide ethnischen Gruppen auf, ruhig und friedlich zu bleiben, ungeachtet der Tatsache, dass auf albanischer Seite schwerbewaffnete Spezialeinheiten standen, während die Serben Zivilisten waren, die versuchten, ihre lokalen Einrichtungen zu erhalten.

Maoistischer Staat in Europa

Vor 35 Jahren haben sich die Kosovo-Albaner von allen Institutionen Serbiens und Jugoslawiens losgesagt. Jugoslawien war ein föderaler Staat. Er bestand aus sechs Teilrepubliken (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Slowenien) sowie zwei autonomen Provinzen (Kosovo, Vojvodina), die nur formell Teile der Republik Serbien waren. Der Hauptunterschied zwischen den Republiken und den Provinzen bestand darin, dass die Republiken ihre Unabhängigkeit ausrufen konnten.

Nach den ersten Studentendemonstrationen von 1968 forderten die Kosovo-Albaner den Status einer Republik und das Recht, sich von Jugoslawien abzuspalten und sich Albanien anzuschliessen, dem einzigen maoistischen Staat in Europa, der weltweit die meisten Betonbunker besitzt. Die jugoslawischen und die serbischen Behörden waren verwirrt. Warum sollte jemand dafür kämpfen, das relativ wohlhabende und freie Jugoslawien zu verlassen, um sich einem der repressivsten Länder der Welt anzuschliessen?

Die westlichen Länder standen vor einem ähnlichen Problem, als islamistische Fundamentalisten ihre Forderungen erhoben. Jedenfalls gewährten sie den Kosovo-Albanern immer mehr Rechte. Die Autonomie des Kosovo wurde bis zur jugoslawischen Verfassung von 1974 schrittweise bis fast zur Eigenstaatlichkeit ausgebaut. Diese Autonomie umfasste die Vorherrschaft in der lokalen Verwaltung, einschliesslich der Polizei und der Gerichte, der Medien und des Unterrichts in albanischer Sprache auf allen Ebenen. Albaner reisten mit jugoslawischen Pässen frei durch ganz Europa. Auf der anderen Seite war Albanien selbst fast hermetisch abgeriegelt. In Pristina wurden mehr Bücher in albanischer Sprache veröffentlicht als in der Hauptstadt Albaniens selbst.

In den 1980er Jahren wurde die Krise Jugoslawiens durch drei miteinander verknüpfte Ereignisse ausgelöst: die Schuldenkrise 1979, Titos Tod 1980 und die albanischen Demonstrationen 1981. Albanische Studenten forderten einige soziale Verbesserungen, doch die wichtigsten politischen Forderungen waren der Status einer Republik und die Vereinigung mit Albanien. Anders als 1968 reagierten die serbischen und die jugoslawischen Behörden mit Gewalt. Die örtlichen Serben begannen ihre Demonstrationen und behaupteten, die Albaner würden alle Arten von Gewalt anwenden, um den Kosovo zu einem ethnisch reinen, albanischen Land zu machen.

Die Konflikte zogen sich über die gesamten 1980er Jahre hin und endeten in einer Zentralisierung Serbiens, einer verstärkten Repression gegen die Albaner im Kosovo und einer Feindseligkeit zwischen den beiden ethnischen Gruppen. Darüber hinaus führte diese Krise dazu, dass alle anderen ethnischen Beziehungen in Jugoslawien in Frage gestellt wurden. So brach beispielsweise ein Konflikt zwischen den Serben und den Slowenen aus, als die slowenischen Parteiführer die Forderungen der Albaner unterstützten, weil sie befürchteten, dass eine Zentralisierung Serbiens zu einer Zentralisierung ganz Jugoslawiens geführt hätte.

Bandbreite der Verbrechen

Nach 1989 lösten die Albaner alle staatlichen Einrichtungen auf, darunter Schulen, Krankenhäuser, Theater und die gesamte Verwaltung. Die Albaner schufen ein paralleles System von Schulen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen. Sie haben nie versucht, das serbische Regime mit demokratischen Mitteln zu stürzen. Ihre mehr als eine Million Wähler hätten bei einer der zahlreichen Wahlen in den 1990er Jahren die serbische Herrschaft beenden können. Es scheint, dass Demokratie und Menschenrechte für die Kosovo-Albaner nicht das wichtigste Thema waren. Es ging um die Unabhängigkeit, um jeden Preis.

Anders als heute unterstützten fast alle westlichen Regierungen Menschen, die sich geweigert hatten, zu wählen, an Volkszählungen teilzunehmen oder Universitäten zu besuchen. Paradoxiere Weise hatten sich alle westlichen Behörden geweigert, den Serben in Kroatien und Bosnien die Autonomie zu gewähren, die bereits den Kosovo-Albanern gewährt worden war. Daher erhoben sich die kroatischen und die bosnischen Serben 1991 und 1992 gegen die Unabhängigkeit Kroatiens und Bosniens. Dies führte zu den blutigen Bürgerkriegen.

Zu Beginn des Konflikts in Jugoslawien entschied sich der unbestrittene albanische Führer Ibrahim Rugova für einen passiven Widerstand. Schliesslich setzte sich jedoch die militantere UCK (Kosovo-Befreiungsarmee) durch. Im Jahr 1997 verübte sie die ersten Angriffe auf die serbische Polizei. Anfangs stuft das Aussenministerium die UCK als terroristische Organisation ein, die mit dem Heroinhandel in Verbindung steht. Dennoch unterstützte die Nato 1999 in der ersten Kampffaktion in ihrer Geschichte die UCK.

Offiziell bestand das Ziel der Nato darin, die Unterdrückung der Kosovo-Albaner zu beenden. Einige Ziele wurden im Verlauf der Aktion definiert, zum Beispiel die Notlage der Flüchtlinge. Nach Angaben des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) verliessen 80 Prozent der Flüchtlinge das Kosovo nach Beginn des Krieges. Die Serben flohen in ähnlichem Umfang wie die Albaner aus dem Kosovo. Im Juni 1999 verliessen die jugoslawischen Sicherheitskräfte das Kosovo, ihnen folgten Hunderttausende serbischer Flüchtlinge. Im Verhältnis zur Bevölkerung starben mehr Serben als Albaner im Krieg von 1999 und danach im «Frieden», der von internationalen Friedenstruppen geschützt wurde.

Nach 1999 verschwanden die Serben in den meisten Gemeinden südlich des Flusses Ibar. Seit der Ankunft der internationalen Truppen durch die Kosovo-Force der Nato (Kfor) wurden etwa tausend Menschen getötet und viele Hunderte verwundet oder entführt. Die Bandbreite der Verbrechen ist gross: von der Ermordung serbischer Jungen am Strand bis hin zum Organhandel (wie der Schweizer Politiker Dick Marty berichtete). Fast alle serbischen Friedhöfe wurden geschändet. Unnötig zu erwähnen, dass niemand für diese Verbrechen verhaftet wurde.

Das vielleicht bedrohlichste Ereignis dieser Art war jedoch das Pogrom vom 17. März 2004. An einem einzigen Tag wurden 36 Denkmäler zerstört, darunter einige, die zum Unesco-Welterbe gehören. Es wäre ein interessanter Auftrag für eine vergleichende Studie: Hat die Terrorgruppe Islamischer Staat mehr Denkmäler an einem einzigen Tag zerstört? Auf jeden Fall konnte Serbien nicht einmal in Erwägung ziehen, sein Erbe den völlig unzuverlässigen Behörden des Kosovo zu überlassen.

Der serbische Staat steht nun unter dem Druck, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen. Kein souveränes Land war in Friedenszeiten jemals mit einer solchen Herausforderung konfrontiert worden. Das bedeutet, dass Serbien einen Teil seines Territoriums aufgeben soll, der für die Geschichte, Identität und Kultur des Landes von immenser Bedeutung ist.

An einem einzigen Tag wurden 36 Denkmäler zerstört, darunter einige, die zum Unesco-Welterbe gehören.

Die Serben haben im Kosovo über 1300 Kirchen und Klöster gebaut. Es gibt in Ost- und Südosteuropa kein Gebiet mit einer solchen Dichte an geistlichen Denkmälern. Die wichtigsten Denkmäler der serbischen Kultur befinden sich im Kosovo. In einigen Klöstern befinden sich einige der am besten erhaltenen Freskomalereien in Europa.

Abgesehen von diesem historischen und kulturellen Verlust würde die Abtretung des Kosovo von allen Serben als ein Akt der äußersten Demütigung empfunden werden. Es würde sie dazu veranlassen, woanders Unterstützung zu suchen. Ein Land, das ein treuer Verbündeter des Westens war und in beiden Weltkriegen verhältnismäßig viele gefallene Soldaten stellte, würde dem Westen entfremdet werden.

Noch heute ist das Kosovo die Wiege der mächtigsten Organisationen des organisierten Verbrechens in Europa. Warum also verdienen die Kosovo-Albaner alle Belohnungen und die Serben keine?

Vorbild für die Ukraine?

Welches Prinzip soll mit der Unabhängigkeit des Kosovo erreicht werden? Die meisten westlichen Länder haben die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt, ungeachtet der Tatsache, dass dies eine Verletzung eines der wichtigsten völkerrechtlichen Grundsätze darstellt. Dieser Grundsatz besagt, dass die territoriale Integrität und die Grenzen der souveränen Staaten zu respektieren sind.

Diejenigen, die behaupten, das Kosovo sei der einzige Fall von Unterdrückung, unterschätzen ernsthaft die zahlreichen unterdrückten Minderheiten in der ganzen Welt. Ironischerweise ist die serbische Minderheit im Kosovo heute Repressionen ausgesetzt. Die Nato hat einen Krieg angezettelt, um die albanische Minderheit zu schützen. Würde der Westen den militärischen Schutz der Serben vor ihren Landsleuten im nördlichen Kosovo gutheissen? Sollte jede Minderheit eine eigene Staatlichkeit erhalten?

Gerade im Fall des ehemaligen Jugoslawien sind viele Minderheiten weit davon entfernt, einen eigenen Nationalstaat zu erhalten. Bosnische Serben, bosnische Kroaten, mazedonische Albaner sind nur ein Beispiel dafür.

Westliche Politiker und Diplomaten haben als «realistisches» Argument für die Unabhängigkeit des Kosovo vollendete Tatsachen geschaffen. Laut diesem Argument ist die Unabhängigkeit des Kosovo bereits da, und sie wird auch bleiben. Sie sei durch die Intervention der Nato erreicht worden.

Wenn dem so ist, ist jede Abspaltung gerechtfertigt, wenn die internationalen Sponsoren stark genug sind. Wir haben gesehen, dass Russland das gleiche Prinzip akzeptiert hat. Die Krim und Abchasien proklamierten ihre Unabhängigkeit von der Ukraine und Georgien. Russische Truppen kamen zur Unterstützung einer solchen Entscheidung. Vielleicht war die Unabhängigkeit des Kosovo mit westlicher militärischer Unterstützung ein Vorbild für solche Aktionen.

Wie viele solcher Regionen gibt es noch auf der Welt?

Predrag J. Markovic ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in Belgrad.